

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 32.— Mk., jährlich 60.— Mk. Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 5.— Mk., von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2943. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3900.

Nr. 202

Mittwoch, den 31. August 1921

12. Jahrgang

Die Abwehr gegen die Volksverheher.

Sozialistische Kampfgesellschaft.

Schon am Sonnabend ergab eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Parteileitungen beider sozialistischen Parteien im Reichstag übereinstimmend in der Beurteilung der politischen Lage und in der Forderung eines gemeinsamen Handelns beider Parteien. Die Arbeiterbewegung braucht für ihren Kampf gegen die Reaktion Bewegungsfreiheit, und deshalb müsse auch der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland, Ostpreußen und besonders Bayern aufgehoben werden. Inzwischen ist die Aufhebung auch bereits für Mitteldeutschland ab 1. September vom Reichspräsidenten verfügt worden. Weiter wurde von den Parteivertretern eine durchgreifende Demokratisierung der Verwaltung und Justizreform verlangt. Der Reichsanwalt hat diese Forderungen in einer Besprechung anerkannt. Um den Maßnahmen der Regierung Erfolg zu verhüten, sollen die Ausführungsorgane unbedingt zuverlässige Republikaner sein. Die Vertreter der Arbeiterschaft erkennen, daß es die Pflicht der Regierung sei, zum Schutze der Republik unter Umständen auch alle zu Gebote stehenden Kampfmittel anzuwenden.

Scharfe Maßnahmen gegen die nationalistischen Berufspropagandisten.

Berlin, 30. Aug. Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung ordnete der Reichspräsident zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet an: Zum unbeschränkten Tragen der Militäruniform sind nur die Angehörigen der Wehrmacht berechtigt.

Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen der Militäruniform verliehen ist, dürfen hiervon bis auf weiteres nur aus besonderen Anlässen Gebrauch machen, die der Reichsanwalt bestimmen wird.

Zusammenfassungen werden mit Geldstrafe von 500 bis 10000 Mark bestraft und haben den Verlust der Berechtigung zum Tragen der Uniform zur Folge.

Wer Militäruniform trägt, ohne daß ihm die Berechtigung hierzu verliehen worden ist, oder nachdem er dieser Berechtigung gemäß Absatz 1 verlustig gegangen ist, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Berlin, 30. Aug. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 hat der Reichsminister des Innern das Erscheinen folgender Zeitungen auf die Dauer von 14 Tagen verboten:

- Das „Deutsche Abendblatt“ (8-Uhr-Ausgabe des Deutschen Tageblatts), Berlin,
- das „Deutsche Tageblatt“, Berlin,
- die „Deutsche Zeitung“, Berlin,
- das „Deutsche Wochenblatt“, Berlin-Friedenau,
- das „Spandauer Tageblatt“, Spandau,
- das „Völkische Tageblatt“, Spandau,
- den „Miesbacher Anzeiger“, Miesbach (Oberbayern),
- den „Völkischen Beobachter“ (Münchener Beobachter), München,
- die „Süddeutsche Zeitung“, Stuttgart und die „Hamburger Warte“, Hamburg.

(Sämtliche Blätter sind extreme Vertreter der hakenkreuzförmigen Brügelpolitik. D. Red.)

Raut „Berliner Tageblatt“ genehmigte der Reichsratsausschuß gestern die vom Reichsminister des Innern zu der Verordnung des Reichspräsidenten ausgearbeiteten Ausführungsbestimmungen. Mit der Durchführung derselben sollen die Ortspolizeibehörden beauftragt werden.

Protestdemonstrationen.

Der Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin und der Ausschuß der Gewerkschaftskommissionen Berlin und Umgebung veröffentlichten in den linksstehenden Blättern einen Aufruf zur Massendemonstration im Lustgarten, in dem betont wird, daß mit dem Schluß der Versammlung im Lustgarten die Demonstration als beendet gilt. Nachdemonstrationen dürfen nicht stattfinden. Der Aufruf fordert strikte Disziplin, da nur hierdurch und durch die Massen die Kraft der gesamten Arbeiterschaft zum Ausdruck komme. Ferner teilt die Gewerkschaftskommission mit, daß von unzulässigen Elementen beabsichtigt werde, bei der heutigen Demonstration Zusammenstöße mit der Schutzpolizei herbeizuführen. Dies müsse unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb habe jeder darauf zu achten, daß unzulässige Elemente auch nach Schluß der Demonstration ihre dunklen Geschäfte nicht ausüben können.

Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, dürften an der heutigen Kundgebung im Lustgarten auch einige Mitglieder der Reichsregierung teilnehmen.

In Braunschweig demonstrierte gestern nachmittag die gesamte Arbeiterschaft, sowie viele staatliche und städtische Beamten gegen den Lebensmittelwucher, gegen politischen Mord und für die sozialistische Republik. Nach einer Versammlung auf dem Schloßplatz bewegte sich ein Zug von vielen tausend Personen durch die Hauptstraßen der Stadt.

Bevorstehende Rückkehr der Sozialdemokraten in die preußische Regierung.

In preußischen Parlamentskreisen wird nach den Vorgängen der letzten Tage, wie das „Tageblatt“ berichtet, mit besonderem Nachdruck auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten Egeberg im Hauptausschuß des preußischen Landtages hingewiesen, daß er einer Verbreiterung der Regierungsbasis durchaus sympathisch gegenüberstehe. Egeberg hat, wie das Blatt hört, in Frankfurt a. M. eine eingehende Aussprache mit Reichsanwalt Dr. Wirth und anderen führenden Politikern des linken Zentrumsflügels über die Regierungskrisis in Preußen gehabt. Es sei daher nicht unwahrscheinlich, daß noch vor Zusammentritt des Landtages am 28. September die Frage der Umbildung des preußischen Kabinetts durch Hinzuziehung der Sozialdemokratie von neuem auf werde.

Auf der Suche nach den Mördern.

Der ehemalige Fähnrich Otto v. Hirschfeld (der das Attentat auf Erzberger am 26. Januar 1920 begangen hatte. D. Red.) hat sich im Laufe des gestrigen Tages auf dem Polizeipräsidium eingefunden und ist hier sofort zur Marschale Erzberger eingehend gehört worden. Nach seiner Verurteilung aus dem Straßgefängnis am 27. April 1921 hat sich v. Hirschfeld seit Ende Juni in Calmbach an der Elbe auf. Am Tage der Mordtat will sich von Hirschfeld ununterbrochen in Calmbach aufgehalten haben und von dort am 29. August nach Weimar abgefahren sein. Calmbach liegt nur 35 Kilometer vom Tatort entfernt. Die Beschreibung, die von Augenzeugen über den einen der in Griesbach erkannten Täter gegeben wird, trifft auf v. Hirschfeld zu. Unter diesen Umständen ist Otto v. Hirschfeld vorläufig in Haft behalten worden, um so mehr, als auch eine auswärtige Polizeibehörde den Verdacht einer Täterschaft des Genannten geäußert hat.

Der Völkerbundrat entscheidet endgültig über Oberschlesien.

Paris, 30. Aug. Der Genfer Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet, daß als wichtigstes Ereignis der gestrigen Sitzung die Lauscher festzustellen ist, daß der Völkerbundrat sich einstimmig als zuständig für die oberschlesische Frage erklärt habe. An den beiden nächsten Tagen würde besonders die Frage der Prozedur besprochen werden. Ein Mitglied habe gestern Abend erklärt, daß seines Erachtens nach der Völkerbundrat wünschen werde, die Gesamtheit der Aufgabe und der Verantwortung zu übernehmen und davon abzusehen, seine Nachbarn eine andere Stelle zu übertragen. Weiter, habe die betreffende Persönlichkeit gesagt, werden wir Ratgeber nötig haben. Wir werden uns ihrer bedienen, wie eines zur Verfügung gestellten Nachschlagebuches. Im übrigen werden wir selbst handeln müssen, und wir werden uns, wie ich hoffe, des trefflichen Wortes bedienen, das Lord Robert Cecil im letzten Jahre auf der Völkerbundversammlung ausgesprochen hat: „Seien wir gerecht und ohne Furcht!“

London, 30. Aug. Reuter meldet aus Genf: Man sei einseitig der Ansicht, daß eine rasche Lösung der oberschlesischen Frage notwendig sei. Wenn der Völkerbundrat sich schließlich entscheiden sollte, eine besondere Untersuchungskommission nach Oberschlesien zu entsenden, so müsse sich diese in der Hauptsache aus neutralen Delegierten zusammensetzen, die allein in der Lage seien, an Ort und Stelle irgendwelche neuen Momente, die erwogen werden müßten, festzustellen.

Paris, 31. August. Nach einer Havasmeldung wird der Völkerbundrat in der Lage sein, sein Gutachten in der oberschlesischen Frage in der ersten Oktoberwoche bekannt zu geben.

Fortdauer des Metallarbeiterstreiks in Halle.

Halle (Saale), 30. Aug. Die Metallarbeiter beschlossen laut „Halleischer Zeitung“ in einer heute nachmittag abgehaltenen Versammlung mit 2957 gegen 235 Stimmen die Ablehnung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses, so daß der Streik der etwa 8000 Metallarbeiter in Halle weitergeht.

Die Wirtschaftslehren Lassalles.

Von Heinrich Sträbel.

(Zur Wiederkehr von Lassalles Todestag am 31. August.)

Am 31. August fährt sich wieder einmal der Todestag Ferdinand Lassalles, und das Proletariat des Ruhrpottals, das sich so mit Stolz daran erinnern kann, schon vor siebenundfünfzig Jahren zu den Pionieren der von Lassalle ins Leben gerufenen modernen Arbeiterbewegung gehört zu haben, will diesmal seine Lassalle-Feier besonders eindrucksvoll gestalten. Eine Absicht, die dem sehr gesunden Gefühl entspringt, daß es gerade in dieser Zeit des schwersten proletarischen Ringens und des gewaltigsten sozialen Werdens notwendig ist, die Kämpfe mit dem Feuergeist und der leidenschaftlichen Energie des großen Toten zu beleben.

Aber die zeitgenössische Sozialdemokratie vermag aus der vullanischen Persönlichkeit Lassalles nicht nur Kampfesglut und Siegeszuversicht zu schöpfen — und niemals wurde in der Weltgeschichte Großes vollbracht ohne Begeisterung —, sondern sie hat auch alle Ursache, sich auch heute noch die ökonomischen Grundlehren des großen Kapitalgelehrten eingepreßt zu lassen. Denn obgleich fast sechzig Jahre hingerufen sind, seit er als blendender Meteor die Bahn der deutschen Arbeiterbewegung kreuzte, haben die Elementarfragen seiner Doktrin doch so wenig Rost angefaßt, daß man sie nur vom Staube zu befreien braucht, um sie gleich geschliffenem Stahl aufleuchten zu lassen.

Da ist zunächst das „eiserne Lohngesetz“, dessen furchtbare Wahrheit Lassalle in das Bewußtsein der Arbeiterklasse hineinzuhämmern unternahm. Welch törichtes Jubel haben seinerzeit die Goldschreiber des Kapitalismus darüber angestimmt, daß der Sozialismus das „eiserne Lohngesetz“, mit dem man jahrzehntelang die Arbeiterklasse betrogen, endlich als unhaltbar habe preisgeben müssen. In Wirklichkeit hat der Sozialismus dies Gesetz niemals in der plumpen und absoluten Form vertreten, die ihm die bürgerliche Darstellung untergeschoben, und ebensowenig hat der Sozialismus je die herbe Wirtschaftstafelche verleugnet, die ihm zugrunde liegt.

Unter dem „eiserne Lohngesetz“ verstand Lassalle „das eiserne und grausame Gesetz, wonach unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage der durchschnittliche Lebenslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.“ Lassalle behauptet also, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus die proletarische Lebenshaltung stets eine kümmerliche, unzulängliche bleiben müsse. Und haben wir vielleicht heute, wo die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter auf knapp zwei Drittel des Vorkriegsstandes herabgesunken ist, und wo selbst in England und Amerika die Arbeiterklasse vergebens gegen gewaltige, den Lebensstandard schwer bedrückende Lohnherabsetzungen ankämpft, auch nur den geringsten Anlaß, den Sinn und Kern der Lassalleschen Auffassung zu bestritten? Und wenn man einwenden wollte, daß diese Verschlechterung der Lebenslage des Weltproletariats doch nur auf den Krieg und seine Wirtschaftsfolgen zurückzuführen sei, so vergißt man nur ganz, daß doch auch der Krieg eine Lebenserscheinung des Kapitalismus ist, eine besondere Form der Weltkrise, und daß deshalb auch die heute wirkenden Tendenzen der Massenverelendung im Wesen des Kapitalismus begründet sind. Obendrein hat es gar nicht erst des Krieges und der durch ihn verursachten Wirtschaftszerrüttung bedurft, um dem Proletariat die Hoffnungslosigkeit klarzumachen, innerhalb des ungebrochenen kapitalistischen Systems eine wesentliche und dauernde Hebung seiner Lebenshaltung durchsetzen zu können. So hat es die englische Arbeiterklasse erleben müssen, daß sich in dem Jahrzehnt 1900—1910, das doch eine Zeit ihrer parlamentarischen Siege, eine Ära der sozialen Reformen war, ihre Lage nicht verbesserte, sondern, zumal im Vergleich zur Lebenshaltung der bestehenden Klasse, sogar verschlechterte. Schon im Jahre 1909 hatte der Vorstand der Labour Party in seinem Bericht an die 9. Jahreskonferenz zu Portsmouth dies traurige Faktum konstatieren müssen, das dann im Jahre 1913 durch den Bericht des Handelsministeriums seine volle Bestätigung erhielt. Nach diesem offiziellen Bericht waren von 1905—1912 die Preise um 13,7 Prozent, die Einkommen der Kapitalisten um 22,5 Prozent, die Löhne dagegen nur um 2 bis 3,5 Proz. gestiegen. Die starke Ausbreitung des Gläubigersozialismus in England ist in der Hauptsache auf diese bittere Klassenkenntnis zurückzuführen — eine Erkenntnis, die Lassalle bereits vor sechs Jahrzehnten mit Flammengungen predigte.

Natürlich mußte Lassalle ebenfals, wie die Deutschen, die ihn später schulten, zu dürfen glauben, daß bei dem proletarischen Existenzminimum die Lebensgewohnheiten der Zeit eine wesentliche Rolle spielen. Die Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten ändern sich, und es sei infolgedessen eine sehr schwierige und verwickelte Unter-

Juchung, festzustellen, ob sich im Laufe der Jahrhunderte wirklich eine beschreibende Hebung der Gesamtlebenshaltung vollzogen habe. Eine lächerliche Irreführung der Arbeiter sei es aber jedenfalls, wenn man ihnen vorrechnen, wie teuer der Staat noch vor einem Jahrhundert gewesen sei, und wieviel Kostspieliger sie heute verbrauchen könnten. Sicherlich sind sich heute die Arbeiter besser, als die Totofuden und die menschenfressenden Wilden. Aber der Stand der Lebenshaltung sei immer nur abzulesen an der Stufe der jeweiligen Lebensgewohnheiten, Lebensbedürfnisse und ihrer Befriedigungsmöglichkeiten. „Was entbehrt der Totofude dabei, wenn er keine Seele hat, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrt der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrt der Arbeiter vor der Entdeckung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?“ In der Tat: will man eine Art vergleichender Lebenshaltungsgeographie ziehen, so darf man sich nicht einseitig an die kleinen Bedürfnisse halten, deren Befriedigung unsere moderne Produktionstechnik ermöglicht hat, sondern auch an die Mehrseite der modernen Lebensführung. Und da ist es angesichts der fargen Fleischrationen und des unverhältnismäßig starken Kartoffelkonsums des Proletariats ganz gut, auch einmal daran zu erinnern, wie sich der Arbeiter vor einigen Jahrhunderten ernährte. Siehe es doch beispielsweise in der Lebensbeschreibung der schlesischen Herzöge Ernst und Albert von 1482, daß die Werkleute und Mäher sich zu frieden zu geben hielten, wenn sie außer ihrem Geldlohn täglich zweimal, mittags und abends, je vier Speisen erhielten: Suppe, zwei Fleischgerichte und ein Gemüse; an Festtagen aber fünf Speisen: Suppe, zwei oder drei Fleischgerichte und Zugemüse zu jedem. Und damit scheinen im fünfzehnten Jahrhundert die gewöhnlichen Tagelöhner Sachsens nicht einmal zufrieden gewesen zu sein!

Das „eherne Lohngesetz“ ist also selber keine inzwischen widerlegte Einbildung Lassalles, sondern eine harte Tatsache, die das Proletariat bei seinem Kampfe um die Umgestaltung unterer Wirtschaftsordnung scharf im Auge behalten sollte, damit es sich nicht abermals täuschen und von seinen sozialistischen Kardinalforderungen ablenken läßt. Nur die Begründung, die Lassalle dem Wirtschaftsgeheim gab, war eine unzureichende und irrig. Denn wenn er meinte, daß die industrielle Reservearmee, die für die Niedrighaltung des proletarischen Lebensstandards Sorge, vornehmlich durch den Zuwachs vergrößert werde, den eine zeitweilige höhere Entlohnung infolge leichterer Verehelichung und Fortpflanzung hervorruft, so rechnete er nicht, wie schon Marx hervorzuheben, mit der weit rascheren Periodizität der Krisen und all jenen Momenten des kapitalistischen Wirtschaftseetriebes, die von sich aus für die stete Auffüllung der industriellen Reservearmee sorgen. Und auch Eduard Bernstein hat in seiner Lassalle-Biographie die Uebel aufgeführt, unter denen während der Herrschaft des Kapitalismus das Proletariat leidet: die Flut und Ebbe des Weltmarktes, die ständigen Revolutionen der Industrie und der Absatzverhältnisse, den schreienden Gegensatz zwischen dem zur Vergesellschaftung drängenden Charakter der Produktion und ihrer anarchischen Leitung, die stete Bedrohung mit der Arbeitslosigkeit. Aber wie dem immer sei: an der Tatsache, daß die Existenz des Arbeiters nicht nur eine ständig unsichere, sondern auch eine ewig trostlose und, vom Standpunkt des KulturEuropäers aus betrachtet, völlig unerträgliche ist und bleiben wird, solange die „freie“ Kapitalistenwirtschaft währt — an dieser Tatsache ist nicht zu zweifeln und nicht zu rütteln!

Aber Lassalle hat dem Proletariat diesen furchtbaren Tatsachenzustand nicht enthüllt, um es durch Hoffnungslosigkeit seelisch zu zerschmettern, sondern um es mit ihm so mächtiger Kampfesleidenschaft zu erfüllen. Und wiederum erwies er sich als der geniale Agitator, als er der Arbeiterklasse ein praktisches wirtschaftliches Ziel wies: die Schaffung der Arbeiter-Produktionsgenossenschaften unter Aneignahme von Staatsreichtum. Auch über Wesen und Wert dieser Forderung hat man die tiefstinnigsten Betrachtungen angestellt. Schon Rodbertus, auf dessen Gewinnung für seine Idee Lassalle großen Wert legte, hat durch tausend Einwendungen die Undurchführbarkeit und soziale Ergebnisse-

losigkeit dieser Produktionsgenossenschaften nachzuweisen versucht. Aber der Grundgedanke solcher Genossenschaften als eines Übergangsmittels zur sozialistischen Produktion war auch im kommunistischen Manifest vertreten worden, und was an begründeten Korrekturen und Ergänzungen zu Lassalles Projekt vorzubringen war, spricht ein von dem Genfer Kongreß der Internationale im Jahre 1886 beschlossener Antrag aus, der vermutlich von Marx selbst verfaßt worden ist. Dieser Antrag lautet: „Die Kooperationsbewegung, beschränkt auf die zwerghaften Formen der Entwicklung, die ihr individuelle Lohnarbeiter geben können durch ihre Verbindungen, ist nicht imstande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die soziale Produktion in ein großes System der freien und kooperativen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen. Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft.“ Und in dieser Auffassung bestand auch letzten Endes schwerlich ein Unterschied zwischen Lassalle und Marx. Lassalle war es darauf angekommen, vor allen Dingen einmal die große Lösung der unmittelbaren Wirtschaftsumgestaltung in die proletarischen Massen zu werfen. Und wenn er damit, wie es das Schicksal aller großen Gesellschaftsreformer ist, auch feinerzeit um ein reichliches halbes Jahrhundert voranste, so macht ihn das nur so angereicher, gerade heute die Spitze der proletarischen Kampferarmee einzunehmen!

Die Methoden des neuen Imperialismus und die Probleme der Washingtoner Konferenz.

Die Bedeutung der chinesischen Kohlengruben.

Die Konferenz, welche auf Anregung des Präsidenten Harding in Washington bald stattfinden soll, wird sich mit den Fragen des fernen Ostens und des Stillen Ozeans beschäftigen. Die Einschränkung der Rüstungen zur See kann nicht eher durchgeführt werden, als bis eine Einigkeit in diesen Fragen erzielt worden ist — vorausgesetzt, daß man es mit den Abrüstungen überhaupt ernst meint, was um so mehr zu bezweifeln ist, weil sowohl England wie die Vereinigten Staaten knapp vor der Konferenz mit dem Bau neuer Riesentriggschiffe begonnen haben. Auch ist es zweifelhaft, daß eine Ausgleiche der widerstrebenden Interessen im fernen Osten innerhalb der imperialistischen Staaten-Systeme möglich wäre. Die chinesische Frage steht im Vordergrund. Open door — das Prinzip der offenen Tür, wonach ein jeder Staat dieselben Rechte zur Ausbeutung von Chinas Naturschätzen habe, ist das Schlagwort, das in der Konferenz abgewandelt wird. Die Welt ist so gut wie aufgeteilt zwischen den imperialistischen Staaten der Gegenwart — wenn auch die Kolonien der Beherrschung und wirtschaftlichen Ausbeutung vielfach widerstreben, wie Englands Sorgen bezüglich Persiens, Indiens und Ägyptens bezeugen. Dagegen erblicken in China die imperialistischen Mächte, in erster Linie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan, weitgehende Möglichkeiten; dieses riesige Land ist von diesen Staaten noch nicht genug zerkleinert und ausgeplündert.

Vor der Eröffnung der Washingtoner Konferenz wird in der amerikanischen Presse das Vorgehen des englischen Imperialismus an einem wichtigen und bezeichnenden Falle erörtert, welcher über die Methoden des Imperialismus lehrreiche Aufschlüsse gewährt.

In Süchina, in der Provinz Kwantung, befinden sich reiche Kohlenlager. Für die Ausbeutung dieser riesigen Kohlenbestände hat eine englische Gesellschaft im vorigen Jahre ein Monopolrecht auf 90 Jahre erworben, und zwar von den militärischen Behörden, die diese Provinz damals für kurze Zeit an Stelle der verlassenen Zivilverwaltung rechtskräftig in der Hand hielten. Die Einwilligung der Zentralregierung in Peking sollte noch eingeholt werden. Der das Monopolrecht festsetzende Vertrag steht auch in der Geschichte ähnlicher Verträge ohne Beispiel da. Die Gesellschaft besitzt außer den Kohlenlagern das

Monopol für die Benutzung sämtlicher Transportmittel des Schienen- und Wasserwege, (sodann auch Straßen, sowie das ausschließliche Recht für Bau, Vertiefung und Oberbau von Straßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen in dieser Provinz. Außer den im Vertrag aufgezählten Kohlenlagern, welche sich auf 22 Bezirke erstrecken, ist noch das in Verträgen ganz unglaublich anmutende Wort „etc.“ angeführt, welches das Spielraum des Monopols noch erweitert. Sehr interessant ist die Organisation der ausbeutenden Gesellschaft. Das Aktienkapital besteht aus 10 Millionen Silberdollars. Die Aktien zerfallen in zwei gleichwertige Gruppen, A und B. Gruppe A mit 5 Millionen Dollars gehört den die Gesellschaft gründenden Direktoren. In Gruppe B sind den Direktoren Aktien im Werte von 3 Millionen zu freier Verfügung nach eigenem Ermessen ausgegeben worden — mit anderen Worten: zu Bestechungszwecken. Eine Million ist der erwähnten Militärbehörde zugeteilt worden, welche aber diesen Betrag aus den künftigen Dividenden zurückbezahlen soll. (Die Generale sind sicherlich aus den oben erwähnten drei Millionen zufriedengestellt worden.) Und damit die edle Bestimmung der Begründer auch zu Worte kommt, ist die übriggebliebene Million mit der Bestimmung abgesondert worden, daß aus den Dividenden dieses Betrages für die notleidende Bevölkerung der Provinz ein Fonds für Wohlfahrtszwecke gebildet werde. Die Aktien in Gruppe B erhalten nur Dividenden, wenn zuvor die direktorialen Aktien der Gruppe A bereits 8 Prozent erhalten und daneben eine Abgabe von einem Dollar noch einer jeden Tonne geförderter Kohle in Abzug gebracht worden ist.

Die britische Gesellschaft unterstützte auf diese Weise die südchinesische Militärdiktatur. Dieser gelang es jedoch nicht, sich zu behaupten. Die militärische Reaktion ist durch die soziale Revolution unter der Führung von Sun-Yat-Sen vertrieben worden. Das englische auswärtige Amt versuchte auf alle Weise dieser neuen Zivilmacht den Boden zu erobern und die Militärherrschaft wiederherzustellen. Die Beschlagnahme der chinesischen Zollkassen sollte ihm dazu die Handhabe bieten. Die Kohlenkonzessionen dürften bei diesem Vorgehen keine geringe Rolle gespielt haben. Da diese Verträge geschloffen sind, möchte man jetzt bei der Zentralregierung in Peking die Angelegenheit durchsehen. Die Peking Regierung soll bedeutende Beträge erhalten. Die Provinz Kwantung liegt in der Nachbarschaft der in englischem Besitz befindlichen chinesischen Provinz Hongkong; nun wird behauptet, Kwantung sei eigentlich nur das Hinterland von Hongkong, und somit wären die Engländer befugt, dort Monopolrechte zu erwerben. Es soll angeblich auch ein Angebot in Peking vorliegen, nach welchem die britische Regierung die von China seinerzeit abgetrennte Hafenstadt Weihaiwei gegen Ueberlassung der Provinz Kwantung an China zurückgeben würde.

Die Entrüstung der amerikanischen bürgerlichen Presse gegen das skrupellose Vorgehen des englischen Imperialismus hat wenig Wert in Anbetracht dessen, daß die Vereinigten Staaten dieselben Methoden in Anwendung bringen. So oft sie dazu Gelegenheit haben. Die Schiele um den Panamakanal haben sie auf ähnliche Weise erworben, ebenso wie die Oelkonzessionen in Mexiko. Da die neue soziale Republik Mexiko unter Setzung des Präsidenten Obregon Konzessionen, welche die von den Vereinigten Staaten für kurze Zeit eingeleiteten militärischen Machthaber an einzelne Kapitalisten gewährt haben, nicht vorbehaltlos annehmen will, verweigert jetzt die Regierung der Vereinigten Staaten die Anerkennung der Republik und versperrt dadurch ihren Weg zum wirtschaftlichen Aufschwung.

Unabhängig-kommunistische Bruderliebe. Bei Schwierigkeiten in der Waggonfabrik in Dellingsen versuchten die Braunschweigischen Minister Steinbrecher, Antrick und Dertter zwischen der Fabrikleitung und den Arbeitern zu vermitteln. Die Besprechung wurde jedoch durch Kommunisten gewaltsam unterbrochen. Während die Minister in einer Wirtschaft in Dellingsen das Mittagessen einnahmen, kam es zu Zusammenrottungen vor dem Hause. Der unabhängige Minister Dertter, der die Menge zu beruhigen versuchte, wurde durch Stockschläge erheblich verwundet.

Ein deutsches Reichswirtschaftsmuseum.

Von Montanus.

In Leipzig ist im Februar d. Js. das deutsche Reichswirtschaftsmuseum mit der Unterbezeichnung „Institut für deutsche Volkswirtschaft“ eröffnet worden, und aus diesem Unterstitel geht schon hervor, daß es sich bei dieser neuen Einrichtung um etwas mehr als um ein Museum gewöhnlicher Art handelt. Denn während im Museum meistens Dinge ausgestellt sind, die der Vergangenheit angehören und die mit der Wirtschaft meistens nur wenig zu tun haben, will die neue Einrichtung der Erfassung der lebendigen Gegenwart der Wirtschaft dienen.

Nach den Satzungen hat das Leipziger Reichswirtschaftsmuseum den Zweck: in anschaulicher, allgemeinverständlicher Weise eine Darstellung der deutschen Volkswirtschaft in ihren Hauptwirtschaftszweigen zu geben, die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige für die Volkswirtschaft darzulegen, die Abhängigkeit Deutschlands von fremder Einfuhr zu zeigen und auf die Möglichkeit der Eigenversorgung hinzuweisen.

Zu diesem Zwecke werden zunächst die einzelnen Wirtschaftszweige zur Darstellung gebracht, und zwar nicht in technischer Weise durch die Veranschaulichung des Produktionsganges, sondern durch die Ausstellung von Urprodukten, die in den Produktionsprozess hineingelangen, und von Teilprodukten, die den einzelnen Phasen des Produktionsprozesses entnommen sind, und schließlich fertiger Waren. Daneben ist die statistische Darstellung des Verlaufs der Produktion in den einzelnen Wirtschaftszweigen ausgebildet. Auf diese Weise wird es erreicht, daß die Abhängigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige untereinander weit vollkommener verdeutlicht wird, als das mit einer anderen Methode möglich wäre. Die Beziehungen zwischen Land- und Forstwirtschaft, Hand-

werk und Industrie, Handel und Verkehrswesen treten klar und deutlich in die Erscheinung. Darüber hinaus ist besonders bei der industriellen Produktion durch Darstellung ihrer Teilprodukte und durch das Zusammenlaufen, Vereinigen und Verknüpfen derselben der Zusammenhang zwischen den einzelnen Industrien veranschaulicht.

Mit besonderer Liebe ist auch die Abteilung für Verkehrswesen behandelt, wo durch Karten, Kartogramme und Diagramme in überaus klarer Weise die Statistik des Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs, ferner Telegraphen-, Fernsprech- und Funkverkehr zur Darstellung gelangen. Auch der Energiehaushalt hat entsprechende Beachtung gefunden, und es ist hier zum ersten Male eine Karte der gesamten Starkstromleitungen der deutschen Großkraftwerke entworfen worden.

Ist so einerseits die deutsche Volkswirtschaft — soweit das durch das Anschauungsmittel möglich ist — in der Sammlung wiedergegeben, so soll auf der anderen Seite die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft gezeigt werden, und es sollen Möglichkeiten nachgewiesen werden, sich auf einzelnen Gebieten von einer Einfuhr unabhängig zu machen.

Schließlich wird auf die Möglichkeit des Erfolges ausländischer Stoffe durch reindeutsche und auf die Möglichkeit des Bezugs von Rohstoffen aus dem neutralen Ausland hingewiesen.

Dem Institut ist eine volkswirtschaftliche Bibliothek angegliedert, die heute bereits über 4000 Bände verfügt, ferner ist ein Archiv angelegt worden, in dem alle für die Lösung der konkreten Wirtschaftspragen in Betracht kommenden Nachrichten aus der täglich und periodisch in die Erscheinung tretenden Literatur gesammelt, ausgewertet und weiteren Kreisen zur Verfügung gestellt werden.

Wie schon aus dem Willen, das Material des Instituts zur Verfügung zu stellen, hervorgeht, wird die Einrichtung

nicht nur den Besuchern dienen, sondern der Gesamtwirtschaft durch zusammenfassende Berichte und spezielle Veröffentlichungen. Das Institut für deutsche Volkswirtschaft ist somit berufen, ein wirtschaftlicher Bildungsfaktor ersten Ranges zu werden, und es kann für Handels- und Gewerkschaften, Wirtschaftsschulen und Gewerkschaftskurse dank seiner zielbewußten Eile und dank der Tatsache, daß alle Sonderabteilungen von ersten Autoritäten der betreffenden Teilgebiete geleitet werden, sich zu einer Einrichtung entwickeln, die in hohem Maße dazu berufen ist, ein wertvoller Helfer bei der wirtschaftlichen Schulung unseres Volkes zu werden. Es kann die erwähnten Schulen und auch die Hochschulen bei ihrer Arbeit, wirtschaftliche Einsichten in breite Schichten unseres Volkes zu tragen, unterstützen, und es kann deshalb insbesondere den Einrichtungen, die sich die wirtschaftliche Schulung der Arbeiterklasse zur Aufgabe gemacht haben, angelegentlich empfohlen werden.

Der Aufbau und die Ziele des Reichswirtschaftsmuseums sind klar durchdacht und richtig, aber, wie schon aus den eingehenden Ausführungen hervorging, beschränkt sich das Institut nur auf die Produktion und die Verteilung der Güter, ohne dabei die Produktionskraft, „Arbeit“, zu berücksichtigen.

Und in dieser Beschränkung auf das Stoffliche liegt zugleich der Mangel der Einrichtung, denn es müßte, um die Produktion voll zu verstehen, auch der Faktor Arbeit in seiner Biegegestaltigkeit zur Darstellung gebracht werden. Es fehlen die Arbeitsbedingungen innerhalb der Produktion, die Berufstatistik, Arbeitsnachweis usw. und schließlich die Darstellung der Möglichkeiten einer rationalen Menschennormie.

Durch die Ergänzung des Fehlenden könnte unseres Erachtens der Wert des Reichswirtschaftsmuseums in seinem Charakter als volkswirtschaftliches Bildungsinstitut noch wesentlich gehoben werden.

Die Auswirkung des 4. August.

69. Vollziehung des Volkstages

Dienstag, den 30. August 1921.

Vizepräsident Dr. Koenig eröffnet um 8 Uhr nachmittags die Sitzung mit Bekanntgabe einer Erklärung des Präsidenten Dr. Schönmeyer, in der er dem Volkstage sein Amt zur Verfügung stellt. Die Wahl eines Präsidenten kann jedoch nach § 7 der Geschäftsordnung erst in übermöglicher Sitzung stattfinden. Sodann wird eine Besprechung mit dem Ausschuss der Schlichtung der Streitigkeiten zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags fortgesetzt. Deswegen fällt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 6. September, ausfallen werden.

Als einer Punkt der Tagesordnung folgt sodann die Abstimmung über das gegen den Senat beantragte Misstrauensvotum. In der ersten Abstimmung werden 87 Stimmen abgegeben, hiervon 65 Stimmen auf ja und 22 Stimmen auf ja. Das Misstrauensvotum ist somit abgelehnt.

Als nächster Punkt der Tagesordnung kommt der Antrag der Abgeordneten, der Volkstag solle beschließen, gegen den Senat Schönmeyer wegen häuslicher Verletzung der Verfassung und wegen ungesetzlicher Verletzung des § 105 des Strafgesetzbuches gemäß Artikel 32 der Verfassung die Anklage zu erheben.

Abg. Gietlau (A.) begründet in seiner Jungfernanrede den Antrag. Der Volkstag gegen den Senator Schönmeyer noch erfolgen, weil er am 4. August 2 Abgeordnete widerrechtlich aus dem Sitzungssaale entfernt hat. Nachdem wieder das Verhalten des Direktors Gietlau von der Danziger Welt, welcher den Abgeordneten Gietlau (A.) gemäßregelt hat, kritisiert, verurteilt er die Haltung der Danziger Allgemeinen Zeitung im Falle Gräberger. Zum Schluss weist er, den Senator Schönmeyer warnen zu müssen, stets das gleiche Auto zu benutzen, weil die erbitterte Arbeiterschaft zur Zeit die gleichen könnte!

Senat Dr. Ding will auf die Vorgänge, die sich in der letzten Sitzung im Volkstage abgespielt haben, nicht näher eingehen, weil er die Gerichtsverhandlung dieser Dinge nach jeder Richtung hin gelassen werden müssen. Viel größeren Wert legte Senats Dr. Ding darauf, daß die Verfassung gegeben, eine ungeheure Empörung auf Seite der Linken des Hauses vorhanden war. Die Abgeordneten hätten sich sagen müssen, wenn über ein Drittel der Abgeordneten sich in einer erregten Stimmung befand, und eine große Anzahl von Persönlichkeiten aus den Reihen der Rechten sich darüber einig war, daß man auch ein viertel dem Staatsglauben gegenüber, aber doch menschlich zu verurteilen des Unrechts gegeben sei.

In irgendeiner Form mußte Genugtuung gegeben werden.

Gelegenheit hierzu war, als die Kassenkassierung und die Aufhebung des Volkstages beantragt wurde. Später wurde das Misstrauensvotum eingebracht. Bei keiner Gelegenheit ist weder mit einem Wort, noch mit einer Andeutung, noch mit einer Geste gesagt worden, wir verstehen ja, daß ihr bis auf's Letzte gekränkt seid, aber wir konnten nicht anders, denn wir mußten nach unseren Staatspflichten handeln. Man ist einfach zur Tagesordnung übergegangen. Durch Überzeugung eines Ausschusses hoffte man auf Klärung der Dinge beizutragen und die Differenzen aus der Zeit zu schaffen. Desgleichen hoffte man im kleinen Kreise durch eine vollkommen leidenschaftslos Debatte, begründetes Unrecht zu beseitigen. Aber hinter den Kulissen haben heimliche Stille gearbeitet, denen wir machtlos gegenüber standen. Wir wollten eine gelbete Beside zur Verständigung bauen, weil es uns daran lag die Stimmung der latenten Feindschaft durch Klärung der ganzen Angelegenheit wieder aufzulösen. Statt dessen kamen die Deklamationen mit einem vorher gedruckten Antrage, indem sie erklärten, daß der Ausschuss gar keine Aufgaben zu lösen habe. Die Absicht des Ausschusses vertrat den Standpunkt, daß er nach der Verfassung keine Griffsberechtigung habe. Schließlich wurde als Kompromiß ein Antrag gestellt, den alten Verfassungsausschuss aufzuheben, ein konkretes Urteil über den betreffenden Paragraphen der Verfassung abzugeben. In diesem Paragraphen heißt es: Wenn ein bestimmter Teil der Abgeordneten es verlangt, so muß ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. Im Plenum kommt es gar nicht zur Abstimmung, wenn die Mehrheit eines Ausschusses dessen Auflösung verlangt. Wenn ein einzelner Ausschuss über Anträge erheben will, so müssen diese vom Einkammern beschließen werden. Die bürgerlichen Abgeordneten haben sich aber nicht zu einer Mehrheit zusammengeschlossen, wenn es sich um die Arbeit eines Ausschusses abzumachen. Der Senat hat sich ebenfalls bereit erklärt auf die verschiedenen Interpellationen, von kommunistischer Seite kamen, zu antworten. Es wird also über noch über Eignungsangelegenheiten usw. gesprochen werden. Es muß nicht diese offizielle Ansprache des Senats, die ja doch nicht abgegeben wird. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß die Erklärungen des Senats für uns unzuverlässig sind. Deshalb ist auch im Untersuchungsausschuss wie im strafrechtlichen Verfahren eidesstattliche Erklärungen der Senatoren abgegeben worden. In der Spieltheaterfrage hatte sich bekanntlich der Oberbürgermeister Sohn damals hingestellt und sich dafür verbürgt, daß es aufhört wird; der Spielklub besteht heute noch. Infolgedessen kann man dem, der sein Wort nicht hält, nachher auch nicht gut mehr Glauben schenken. Des weiteren machte Senats Dr. Ding darauf aufmerksam, daß der Senat am 2. August auf Mauerwällen einen Teil der Bevölkerung als Vagabunden und Geher verurteilt hatte. Weiter hätte man gerne gesehen, daß diese unfürsorglichen Aktionen ein Ende hätten. Senatoren, die vom Volke leben, müssen gezwungen werden unter Eid in ehrlicher Weise, Auskunft zu geben. Wenn weiter gesagt wird, Senator Schönmeyer beherrscht die Debatte, so ist das Umgekehrte der Fall, wie es ja auch an verschiedenen Ereignissen zu sehen war. Vom Senat hätte man erwarten können, daß die Arbeitgeber von ihm veranlaßt worden wären, einen Ausgleich für die Brotteuerung, die Mietsteigerung usw. herbeizuführen, statt dessen hat nur leere Worte gefallen. Von den Abgeordneten hatte man verlangt, und der Präsident Dr. Schönmeyer hatte es behauptet, im Volkstag wäre mit Ruhe und Sachlichkeit gearbeitet worden, so daß Danzig gediehen könne. Es muß aber entgegengehalten werden, daß die Rechte stets zu provozieren versucht. Dem Senat wirft Senats Dr. Ding vor, daß dieser gegen die Forderungen von gewisser Seite nicht genug gekämpft und auch nicht

parlamentarisch handle. Natürlich waren diese Worte wieder in den Wind gesprochen, denn ein kompetenter Senator war gerade nicht anwesend. Im Schluß bemerkte noch der Senats Dr. Ding: Alles wird wieder in den Wind gesprochen und zwar solange, bis nach diesen unerquicklichen Verhältnissen eine Katastrophe eintritt. Sie wissen, wir drohen nicht, wir sind bereit hier zu arbeiten und nicht die Zeit mit Redenarten tot zu schlagen. Wir tun für die Danziger Arbeiterschaft alles was wir tun können, aber die Regierung soll nicht dafür sorgen, daß dieser Zustand der latenten Feindschaft bleibt. Man solle ferner Sorge tragen, daß man mit diesem Antrage nicht der Verfassung ins Gesicht schlägt und daß endlich Ruhe im Volkstage eintritt. (Bravo links.)

Abg. Bunte (Dnail.) versucht, unter dem Widerspruch der gesamten Linken, die Handlungen des Senators Schönmeyer zu bedenken und behauptet der Abg. Schmitt (A.) hätte damals gesagt: Die Gehirne der Senatoren sollten am 4. August noch an die Wand gesprüht werden. Nachdem der Redner vom Senats Dr. Schönmeyer aus ausmerksam gemacht worden ist, daß er bei Zitierung des § 105 des Strafgesetzbuches den zweiten Teil nicht vergessen sollte, schließt der Redner mit der Ankündigung, daß seine Fraktion und die Mehrheit des Hauses diesen Antrag ablehnt.

Abg. Plettner (U. S. P.) stimmt dagegen dem Antrag zu und macht die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß nach der Verfassung der Senat nicht für seine Handlungen dem Volkstag gegenüber verantwortlich sei. Dies sei ja auch aus den Bekanntmachungen des Völkerbundes ersichtlich. Nach Artikel 32 der Verfassung mußte gegen den Senator Schönmeyer ein Verfahren beim Obergericht anhängig gemacht werden.

Abg. Haube (A.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bunte und verwahrt sich gegen dessen Anspruch, daß diese Anträge nur aus Agitation gemacht worden wären. Redner behauptet, daß am 4. Aug. nur Geschäftsordnungsdebatten gewesen wären. Demzufolge konnten gar keine Beschlüsse gefaßt werden. Des weiteren macht der Abg. Haube darauf aufmerksam, daß vor der Verhaftung der beiden Abgeordneten die Versammlung schon längst geschlossen war.

Abg. Dr. Kubacz (Vole) erklärt namens der politischen Fraktion, daß der Senator Schönmeyer die Staatsgewalt mißbraucht hatte. Die Rechte des Präsidenten des Volkstages könnten wohl auf die Vizepräsidenten aber niemals auf Senator Schönmeyer übergehen. Des weiteren bekräftigt Redner, daß am 4. August ein fälschlicher Angriff auf einen Abgeordneten stattgefunden habe. Zum Schluß warnt der Redner vor dem Abgrund vor dem wir stehen.

Abg. Gietlau (A.) erklärt in seinem kurzen Schlusswort, der Abg. Bunte habe den ganzen Widerspruch mit seinen Ausführungen hantiert. Redner wird, als er den Volkstag eine Laubhude nennt, in der Mamelufen-Striche ausgeführt werden, vom Präsidenten unterbrochen.

Es folgen noch einige heitere Zwischenfälle, indem die Abgeordneten Tieszen und Plettner sich zur persönlichen Erklärung gemeldet haben und nichts Persönliches vorzubringen wollten. Abg. Haube beantragt eine namentliche Abstimmung über vorliegenden Antrag. Diese ergibt bei 88 abgegebenen Stimmen 56 für ja und 32 für nein. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Die große Anfrage der Kommunisten über die angeblichen Pläne zum Aufruf der bestehenden Regierung, über die Stärke der Ordnungspolizei, über die Kosten der Einwohnerwehr und über die Notwendigkeit der Ordnungspolizei begründet der Abg. Haube (A.) zusammen, wobei er hervorhob, daß er erst dann antworte, wenn die Regierung geantwortet hätte.

Senator Schönmeyer erklärt, daß vom 3. bis 5. August keine Reden der Ordnungspolizei in Danzig waren. Ertratsreden seien für die Ordnungspolizei nicht vorausgesehen worden. Ferner seien aus der Staatskasse keine anderen Mittel für die Einwohnerwehr vom 3. bis 5. August vorausgesehen worden, als nach Abschnitt 11 der Verfassung genehmigt worden ist. Durch den Vorn der dabei entsteht, sind die weiteren Worte vom Präsidenten aus nicht mehr verständlich. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt worden war, erklärt Senator Schönmeyer:

Der Senat lehnt es im Interesse des Staates ab, die Frage über die angeblichen Pläne zum Sturz der Regierung zu beantworten.

Hierauf entsteht ein minutenlanges Gähnen, das nur durch andauerndes Glockenzeichnen des Präsidenten zum Schweigen gebracht werden kann. Abg. Haube (A.) beantragt, daß das Haus in die Besprechung der Anträge eintritt. Dem wird stattgegeben. Als erster Redner spricht Hierauf.

Abg. Philippson (Dnail.). Er erklärt, daß Senator Schönmeyer auf diese Anfrage schon geantwortet, wie es die Regierung zugelassen habe. Es wäre Pflicht der Regierung für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sonst könnten keine Aufträge von auswärtig nach Danzig gelangen. Wer dies nicht beherzigen würde, verständigte sich am Ende und dem gesamten Volkswohl. Die Maßnahmen der Regierung waren gerechtfertigt. Hier entsteht eine ungeheure Aufregung auf Seiten der Linken, die nur durch langandauerndes Säulen mit der Glocke von Seiten des Präsidenten beschwichtigt werden konnte.)

Abg. Haube (A.) erklärt, daß eine Regierung, die auf derartig schwere Anschuldigungen, wie sie von Seiten der kommunistischen Partei erhoben wurden, es ablehnt zu antworten, das Recht verliert, zu amtieren. Daraus 10. August ist die Anfrage schon eingereicht und bis gestern noch nicht beantwortet wurde, so könne behauptet werden, daß die Regierung gar kein Material besitzt. Dann erklärt Redner, indem er auf die deutschen Sozial- und Arbeiterzentralen hinweist, daß sich ja der Senat auch solcher Mittel bedienen könne, um sein Material zu konstruieren. Daß vom 3. bis 5. August keine auswärtigen Polizeimannschaften in Danzig waren, sei eine glatte Lüge.

Senator Schönmeyer beantwortet dann die drei verschiedenen Anfragen wie folgt:

Für das Freisladgebiet sind die in den vom Volkstag genehmigten Haushaltsplänen der Schutzpolizei, Verwaltungspolizei und Landjägerei aufgeführten Beamten tätig. Beamte in Reserve gibt es in Danzig nicht. Die aufgeführten Beamten waren vom 3. bis 5. August 1921 in Danzig tätig. Tageslohn als Extravergütung

haben sie nicht erhalten. Die vom Volkstag genehmigten Aufstellungsbewilligung hält sich streng an die vom Oberkommando festgesetzte Waffen- und Munitionsmenge. Andere Waffen und Munition besitzt die Polizei nicht. Seitens der Staatskasse sind für die Zeit vom 3. bis 5. August 1921 keine Mittel für die Einwohnerwehr gezahlt worden. Die für die Zeit vom 3. bis 5. August 1921 aufgegebenen Mitglieder von Teilen der Einwohnerwehr sind aus Abschnitt 2 des von den Stadtverordneten genehmigten Haushaltsplanes der Einwohnerwehr für 1920, in dessen Rahmen laut Vertrag mit der Genehmigung des Haushaltsplanes 1921 gewirksam sein werden muß, bezahlt. Vom 3. bis 5. August sind über der Staat als Reserve mannschaften keine Eipo- und Schupo-Beamte tätig gewesen, solche sind überhaupt nicht vorhanden. Außer einer 1895 Mann starken Polizeitruppe ist in der fraglichen Zeit nicht ein Mann in Danzig tätig gewesen.

Die Ausperrungen bei der Post.

Senats Dr. Ding stellt fest, daß nach einer Bekanntmachung des Senats bei der Post 19 Angestellte und Beamte und 187 Arbeiter wegen Beteiligung am Generalstreik ausgesperrt worden sind. Das Aussperrrecht des Senats und Angestellten ist nicht schon getreten worden. Bei der Eisenbahn und der Gasanstalt konnte der Senat seine Bekanntmachung nicht durchführen. Den ausgesperrten Beamten bei der Post wurde sogar die ihnen zustehende Erwerbslosenunterstützung vom Arbeitsamt verweigert, nur der 3. gab, daß dies ein politischer Streik gewesen sei. Von 544 Angestellten seien über 200 von der Postdirektion genehmigt worden. 122 dem ließ man die letzten am 5. August eine Stunde arbeiten und sperrte sie dann aus. Den Vertretern der Angestellten wurde am 5. August als sie mit der Oberpostdirektion verhandeln wollten, durch einen Offizier der Schupo der Eintritt in Postgebäude verweigert.

Senator Dr. Ding erwähnt, daß nach der Bekanntmachung des Senats alle Streikenden entlassen werden sollten, da aber das geltende Personal nicht erhöht werden konnte, wurde dieses zunächst wieder eingestellt und für Aussperrpersonal Ersatz gesucht. Als die Streikenden sich dann zur Arbeit meldeten waren die Stellen besetzt. Nach Möglichkeit sind jedoch auch letztere wieder eingestellt worden. In erster Linie sind Kriegsbeschädigte und Familienunterstützten berücksichtigt worden. Der Senat vertritt den Standpunkt, daß

den Beamten das Streikrecht nicht zusteht.

Anfolgedessen ist den streikenden Beamten sofort gekündigt worden. (Große Erregung auf Seiten der Linken.)

Abg. Fischer (U. S. P.) betont, daß Senator Dr. Ding mit einer großen Geste über das Streikrecht der Beamten hinweggegangen sei. In dem bekannten Antrag des Senats habe derselbe seine Kompetenzen überschritten. Vom Senat seien auch die privaten Arbeitgeber aufgefordert worden, die Streikenden aufzunehmen.

Senats Dr. Ding ist von der Antwort des Senators, Dr. Ding durchaus nicht befriedigt und will vom Senat Auskunft haben, ob die ausgesperrten restlos eingestellt werden, und ob die Erwerbslosen ihre gesetzliche Unterstützung erhalten können.

Abg. Feyer (A.) erklärt, daß bei der Post Leute, die in der Zeit vom 3. bis 5. August in der Einwohnerwehr tätig waren, ihr Gehalt weiter bekamen. Die streikenden Arbeiter müsse man aber nicht als Streikende zugrunde richten.

Abg. Stoggenbud (U. S. P.) teilt mit, daß bei der Eisenbahn alle bis auf zehn Mann wieder eingestellt worden sind. Nachdem noch Einzelheiten des Streiks von ihm erwähnt wurden, schließt er mit der Erklärung, daß die streikenden Arbeiter eingestellt haben, auf welcher Seite am 4. August das Recht stand.

Das Haus vertagt sich, da die Aussprache geschlossen war, auf Dienstag, den 6. September, nachmittags 8 Uhr.

Zoppoter Stadttheater.

„Die Prinzessin vom Nil“.

Lucie Pniower, die beliebte Soubrette des Zoppoter Operettensembles, hatte sich für ihren Ehrenabend die Partie der leidlichen schönen Pharaonentochter ausersuchen, die, weil sie es mit der Eitelkeit nicht gar zu genau nahm, in eine Pyramide gesperrt wurde und nur alle tausend Jahr für einen Tag ins lachende Leben darf. Ueber das Stück habe ich an dieser Stelle bereits gelegentlich der Aufführung im Operettentheater auf Langgarten gesprochen. Es genügt deshalb, nochmals festzustellen, daß Viktor Holländers pitante, sehr klar und melodisch-sinnfällig gearbeitete Musik immer wieder gern gehört wird. Was die Benefiziantin in der Titelpartie betrifft, so statte sie ihre Rolle mit viel natürlichem Vortrage und einer sehr sympathischen Duzenz aus: ihre stimmlichen Mittel sind nicht berauschend, werden dagegen recht verständlich verwandt. Im übrigen hieß das Stück gestern Abend „Barnetier“, denn der neue Komiker, den Direktor Hermann gewonnen hat, spielte im Verlauf des Abends einen Trumpp nach dem andern und stand schließlich derart im Mittelpunkt, daß es fast langweilig wurde, wenn er nicht mündete. Maximilian Richter (vom Berliner Operettenhaus) ist ein ganz famoser Darsteller und versteht es, mit allen Mitteln zu bezaubern. Von den Geschäftsmustern bis zu den Beinen und Füßen hinab ist er ständig in Bewegung und läßt, wenn er nicht mit echter Berliner Trockenheit und Schlagfertigkeit seine Scherze und Glossen anbringen kann, kein Moment ungenutzt. Nun, die Danziger werden ihn ja in diesem Winter noch kennen und schätzen lernen; er dürfte sich viele Freunde gewinnen. Auch der neue Kapellmeister Rung gab nicht nur einen sicheren musikalischen Führer, sondern auch einen klugen und geschmackvollen Interpreten, der zuweilen sogar den Versuch machte, das Orchester auf Niveau zu bringen. Direktor Hermann leitete die auf merkwürdiger Höhe stehende Aufführung; die Ausstattung des ersten Aktes war gar recht mager. Von den übrigen Mitwirkenden verdienen noch der köstliche Komiker des Richard Goll und der veraltete Graf Karl Valentin mit besonderer Anerkennung genannt zu werden. — Das Haus war gut besetzt und der Beifall stark und herzlich. W. C.

10. Internationaler Genossenschaftskongress in Basel.

Am großen Saale des Stadthaus in Basel begannen am Sonntag, den 22. August die vierstägigen Verhandlungen des internationalen Genossenschaftskongresses. Die zahlreiche Beteiligung aus 25 Ländern waren 500 Vertreter erschienen dieser ersten internationalen genossenschaftlichen Tagung nach Beendigung des Weltkrieges und der Verlust der Tagung befestigen die Hoffnung, daß durch das gemeinsame Werk der Genossenschaftsbewegung der Gedanke der Menschheitsverbändigung und Versöhnung wiederum um ein Bedeutendes der Weltöffentlichkeit näher gebracht ist. Hierher den zahlreichen Ehrenmitgliedern der Tagung waren von den europäischen Genossenschaften vertreten: Österreich, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Georgien, Holland, Ungarn, Italien, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, England, Schottland, Irland, Ukraine, von den außereuropäischen Ländern: Vereinigte Staaten von Nordamerika und Argentinien. Trotzdem dem Kongress fast ausschließlich Konsumgenossenschaften angehören, bildet er dennoch die bedeutendste internationale Organisation. Seinen Landesverbänden sind mehr als 24 Millionen Mitglieder angeschlossen, die in 42 650 Vereinen organisiert sind.

Am Montag nachmittag begannen die Beratungen des Berichtes des internationalen Genossenschaftskongresses 1913-1921. 20 Voten erzielte die Bilanzlage des Bundes. Der Bund hat große Ausfälle zu verzeichnen, die aus der Weltwirtschaftlichen der Weltwirtschaftlichen Krisen resultieren. Einen breiten Raum nimmt die Frage in Anspruch, ob auf Grund der veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1914 noch eine sachgemäße Vertretung der russischen Genossenschaften im I. G. G. zu verzeichnen ist. Es kommt aus diesem Anlaß zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen englischen und französischen Vertretern. Die Abstimmung ergibt die Anerkennung der russischen Genossenschaftsvertretung mit 233 gegen 474 Stimmen. Zur Förderung der Organisation des internationalen Genossenschaftskongresses liegt eine umfangreiche Resolution der englischen Frauen-Genossenschaftsgruppe vor, welche mit einer dazugehörigen Abänderung angenommen wird. Der Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung des I. G. G. beschließt die Anwendung des „Ter Meulen-Systems“ bei der Kreditgewährung. Jedes Land, das Kredite wünscht, muß sich eine Prüfung seiner Staatskassenstellen gefallen lassen. Die Kommission wird die Höhe des Kredits bestimmen und darauf achten, daß die gewährten Darlehen für Produktionszwecke verwendet werden. Die Stabilität der Währungen muß angestrebt, ein- und zweifache in Einklang gebracht werden. Große demokratische Organisationen sollten sich für dieses System einsetzen, um zu verhindern, daß an Stelle von gemeinnützigen Unternehmungen, private Spekulationen die Kredite in Anspruch nehmen. Eine Resolution des Nationalverbandes französischer Genossenschaften empfiehlt die Errichtung einer internationalen Genossenschaftsbank.

Zur internationalen Genossenschaftspolitik, wie sie von den internationalen und nationalen Konferenzen in Paris beschlossen wurde, wird die Resolution A. Thomas lebhaft erörtert und nach erfolgter Abänderung angenommen. Die Österreichischen und auch die tschechoslowakischen Vertreter erklärten sich an einer Abstimmung über die vorliegende Resolution Thomas nicht beteiligen zu können. Sie sind wegen jeder Abänderung der Grenzen für die Ausgabe von Lebensmitteln. Die Resolution Thomas wird jedoch nachdem der Beifall bezüglich Höhe und Handelsverträge ausgetauscht wurde, angenommen.

Eine lebhafte Diskussion findet statt über das Referat des Prof. Gide über: „Die Prinzipien des internationalen Genossenschaftswesens im Sinne der Genossenschaftsbewegung“. Gide ging aus von der im Jahre 1912 in Moskau angenommenen Friedensresolution. Die Umgestaltung der politischen Verhältnisse seit jener Zeit haben den Zweck erreicht, daß wirtschaftliche Organisationen allein nicht ausreichen, der Welt den Frieden zu erhalten. Die Idee des Völkerverbandes ist dem Genossenschaftswesen veranlagt und bietet die Möglichkeit, denselben in die Genossenschaft hineinzuverleihen. Gide ist der Überzeugung, daß noch keine demokratische Bewegung, indem er den fünf Siegerstaaten eine bevorzugte Stellung einräumt. Die Genossenschaftspropaganda müsse sich nach der Propaganda des Friedensbundes richten und so mitarbeiten an der Errichtung eines wirklichen genossenschaftlichen Völkerverbandes. Nach kurzer Aussprache wird die Zurückweisung der Resolution Gide an eine Kommission beschlossen.

In seinem vorliegenden Referat über die Errichtung einer internationalen Grobkrautaußengasse, führt G. Kaufmann, Hamburg nach aus: Die internationale Genossenschaftsbewegung könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht der Inhaber der internationalen Grobkrautaußengasse werden, sondern man müsse zunächst einen Verband der Grobkrautaußengassegründer und -Leben rufen. Begleitet wurde die wirtschaftliche Internationale der Konsumgenossenschaften. Erklärte die Dr.

ganisationsfrage. Schwierigkeiten sind zu überwinden, dürfen uns jedoch nicht abhalten, das für richtig und notwendig erkannte in die Tat umzusetzen. Eine Resolution gelangt zur Annahme, in welcher die von Kaufmann aufgestellten Grundsätze anerkannt und die für die Errichtung dieser Organisation erforderlichen Vorarbeiten gutgeheißen werden.

Am 4. Verhandlungstage gelangt, nachdem Gide, Feuerstein, P. Lange-Berlin und Marshall-Manchester zur Friedensresolution Gide, die nach eingehender Verhandlung einer engeren Kommission abgeändert, beschlossen, einstimmig zur Annahme.

Der Kongress (Belgien) macht Ausführungen zu seinem vorliegenden Referat. Die Beziehungen zwischen Genossenschaft und Genossenschaftler, wobei als bisher der Genossenschaftsbewegung ein wohlwollendes Interesse entgegenzubringen. Neben Produktionsinteressen dürfen die Konsuminteressen nicht vergessen werden. Prof. Tolmionz verurteilt den Warenhandel der Genossenschaftler. Wallins verurteilt eine Stellungnahme zum „Widerstandskrieg“.

Dr. Euler (Schweiz) behandelt die vorliegende Resolution über den „Völkerverband“. Wäre in allen Ländern die Völkerverbandsfrage so eingehend behandelt, wie in der Schweiz, wo durch Volksentscheid mit 90 000 Stimmen Mehrheit der Anschluß an den Völkerverband beschlossen wurde, so wäre die Völkerverbandsfrage schon eine bessere, eine demokratischere geworden. Als Genossenschaftler können wir, doch bis jetzt nur erst hohe Regierungsbeamten in der Leitung des Völkerverbandes vertreten sind, in dieser Beziehung nach Wandel geschaffen werden.

Kaufmann (Hamburg) bringt eine Resolution zur Vertiefung mit dem Aufsatze, dem humanen Aufbau und Georgien mit allen Mitteln der genossenschaftlichen Solidarität zu helfen. Es erfolgt einstimmige Zustimmung. Zur Annahme gelangt eine Erklärungsresolution gegen die in Ungarn einsetzende politische Verfolgung der Genossenschaften seitens der herrschenden Regierungen. Der nächste internationale Genossenschaftskongress soll auf Einladung des Nationalkongresses des belgischen Genossenschaftswesens im Jahre 1924 in Gent stattfinden, in Verbindung damit eine internationale Ausstellung der Produktions- und Konsumgenossenschaften. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Völkerverbandsbewegung, den Völkerverbandsbewegung wurde die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Transportarbeiterstreik. Die Transportarbeiter im Berliner Nahrungsmittelgroßhandel sind infolge Lohnhöhen in den Streik getreten. Auch in ganz Mecklenburg ist gestern ein Transportarbeiterstreik ausgebrochen.

Eisenbahnerstreik in Irland. Die Angestellten der großen Eisenbahnen in Nordirland haben heute ganz unerwartet den Ausstand erklärt und damit den gesamten Eisenbahnverkehr in Nordirland lahmgelegt.

Drohender Konflikt im belgischen Bergbau. Gegen eine Lohnminderung von 7 Schilling 6 Pennen für Männer und 4 Schilling für Frauen wehren sich die im Bergbau beschäftigten Arbeiter. Der Beirat der Arbeiter, an der 14 Gewerkschaften beteiligt sind, ist zwar noch nicht bestimmt, es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß eine entsprechende Weisung für einen Streik erteilt werden wird. Die Arbeitgeber beschließen, weil einen Lohnabzug von 15 Schilling pro Woche, 250 000 Personen kommen bei dem Lohnabzug in Frage.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin. Von 44 961 Stimmen auf den 1. und 2. Platz kamen 23 996 Stimmen und 130 Wähler, wovon der Zentralverband der Angestellten mit 21 706 Stimmen, das 1. und 2. Platz, beteiligt ist, und der Allgemeine Verband der deutschen Kaufmannsgehilfen mit 1289 Stimmen und 7 Beisitzern. Es teilten sich auf der 3. und 4. Platz 11 145 Stimmen, das 1. und 2. Platz, auf der 5. und 6. Platz, kamen 837 Stimmen gleich 1 Beisitzer, das 7. und 8. Platz, kamen 42 Stimmen, auf der 9. und 10. Platz, kamen 299 Stimmen gleich 5 Beisitzer und auf der 11. und 12. Platz, kamen 220 Stimmen und 1 Beisitzer. Das endgültige Ergebnis dürfte nur geringe Änderungen bringen.

Soziales.

Eine englische Operationsversicherung. Die „Times“ berichten, haben sich in London die angesehensten Ärzte und Chirurgen zur Gründung einer Gesellschaft zu sammengeschlossen, die den Zweck verfolgt, der weniger bemittelten Bevölkerung im Falle einer schweren, einen operativen Eingriff notwendig machenden Erkrankung die Behandlung durch berühmte Spezialisten zu einem

kaum nennenswerten Honorar zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um eine neue Form der Versicherung auf genossenschaftlicher Grundlage. Die Mitglieder der Gesellschaft zahlen jährlich einen Betrag, der für Unterbezahlte, die ein Einkommen unter 250 Pf. beziehen, auf einen Schilling, und für Bezahlte, die ein Einkommen unter 400 Pf. haben, auf 30 Schilling bemessen ist. Die vereinnahmten Summen fallen nur zum geringsten Teil den behandelnden Ärzten zu, der Hauptteil wird an die Londoner Krankenhäuser abgeführt, die verpflichtet sind, die Patienten aufnehmen. Der Plan gründet sich auf die Voraussetzung einer Mitgliederzahl von 5 Millionen beitragspflichtige Personen. Aber selbst wenn in den ersten Jahren die Mitgliederzahl eine Million nicht übersteigen sollte, würde sich die Einnahme auf 1 200 000 Pf. belaufen. Hiervon erhalten die Krankenhäuser 750 000 Pf., 90 000 Pf. sind für das Pflegepersonal bestimmt, 30 000 Pf. für den Unterhalt von 80 Krankenstationen und 120 000 Pf. fließen den Spezialärzten als Honorar zu, während für Verwaltungsstellen 45 000 Pf. ausgesetzt sind, so daß noch ein Reservefonds von 135 000 Pf. verbleiben würde.

Aus aller Welt.

Ein Feindlager in Hammettsheim. In den letzten Tagen treffen größere Transporte aus den ehemaligen deutschen Gebieten in Hammettsheim ein. Ein großes Feindlager soll nunmehr eingerichtet werden, um die Flüchtlinge unterzubringen.

Der Kampf auf der Turmspitze. Den Passanten des Fluges vor der Allandkirche in Heilbronn bot sich dieser Tage ein Bild, das verwunderlichen Personen für einen Augenblick das Blut in den Adern erstarren ließ. Da sah man an dem hochragenden Turm der 400 Jahre alten gotischen Kathedrale mit großer Wandhaftigkeit einen jungen Mann hinaufklettern, bis er hoch oben auf der Turmspitze angelangt war. Ohne sich im geringsten um die warnenden Zurufe der entsetzten Zuschauer zu kümmern, machte der Magdalfar dort oben zwischen Himmel und Erde einen nach allen Regeln der Kunst ausgeführten Handstand. Nach glücklich vollbrachter Kunststück stieg er, als ob nichts besonders geschehen wäre, vergnügt wieder zur Erde hinab, in dem erhebenden Bewußtsein, im Handumdrehen eine — Wette von 20 000 Pf. gewonnen zu haben.

Ein Rettungsboot in der Form eines Luftschiffes. Wie aus London gemeldet wird, wurde in England ein Rettungsboot in Form eines Luftschiffes gebaut. Die Pläne für dieses Schiff haben drei Jahre zu ihrer Vollendung gebraucht. Das neue fliegende Rettungsboot wird umfahnde sein mit den Wellen kämpfende Schiffe mit der Schnelligkeit von mehr als 100 englischen Meilen die Stunde zu erreichen. Man nimmt an, daß es durch das rauheste stürmische Wetter mit der Sicherheit eines transatlantischen Dampfers fliegen wird. Die Pläne des neuen Luftschiffes werden eine Ausdehnung von 140 Fuß haben. Da der Körper des Schiffes von einem Ende zum andern aus einem Stück gebaut ist, wird es gegen die aufregendsten Meereswogen mit Brichtigkeit ankämpfen können.

Büchermärkte.

Thomas Müll, Reimer, „Die Gabe des Lebens“. (W. Verlag, Berlin 1921). Reimer, dessen stilvolles, ausgeglichenes Buch „Von der Freiheit und Heimkehr der Seele“ ich hier vor Jahresfrist anzeigte, läßt nun im „W. Verlag, Berlin einen Zusatz von Versen folgen mit dem Titel „Die Gabe des Lebens“. Den Vorzug des ersten Buches, die Klarheit und den edeln sprechlichen Fluß tragen auch die Gedichte, denn fast jedes der vierzehn Stücke des Buches ist ein Gedicht. Ein Werk hat sie geboren, eine schmerzliche Lebensform auf Leben, aber sie sind darum alles eher, als melancholische Ergüsse, sind die Beweise für Wachstum und Reife durch Schmerzen. Der Inhalt ist eine Stufenleiter dieses inneren Geistes, der sich überwindet. Dampfe Qual ist noch der Aufstieg, aber dann geht Reimer seinem bittersüßen Erlebnis auf den Grund, hat es zu fassen, erkennt seine Kraft und macht sie sich zu eigen. Und wenn er zum Schluß sagt:

„So lasse wieder jeden Tau der Luft
Und jeden Glanz der Morgenheiligen,
Schrei dir getrost den ganzen wilden, weiten,
Verzückten Reichenjubiläum der Brust!“

so empfindet man die ganze Ehrlichkeit dieser Dichtung klar und unmittelbar ohne eine Spur von jener Exaltiertheit oder Kollektheit, mit der die zeitgenössischen Weltkummerler so gern ihre Wehen „wirkungsvoll“ hinauslagern. Dabei hat dieser Dichter, der noch zu den „Jüngsten“ zu zählen sein dürfte, so gar nichts von ihrer erstarrten Verkrampftheit und ihrem wild gestikulierenden Gehabe. Seine Sprache ist klar, schlicht und klangvoll. Hier und da ist die Technik zu lässig gehandhabt, und Unreinheiten schleichen sich ein, können aber den Gesamteindruck des Buches kaum wesentlich schmälern, das vom Verlage prachtvoll ausgestattet, auch in dieser Hinsicht einer würdigen und vornehmen Eindruck hinterläßt.

„König Kohle.“

Roman von Helen Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Ich kann aber nicht bleiben“ — entgegnete freudig Percy Harrington. — „Und ich kann nur sagen, es wäre mir lieber, wenn du mit deiner Soziologie anderswo hingingst.“

„Wohin hätte ich gehen sollen, Percy? Auch in Privatsphäre, und wenn es sich um einen großen Reiz handelt, gehört er unheimlich einem unfreien Menschen.“

Percy meinte: „Wenn ich einen Grund machen darf, du hättest ebenlogisch mit den Kohlengruben der Warner die beginnen können.“
„Ich lachte. Natürlich hätte ich auch daran gedacht, Percy. Aber stell dir die Situation vor! Welche ich meinen Zweck erreichen so mühe ich unerkannt bleiben und ich war einigen der Überwachen in meines Vaters Bureau begegnet und wußte, daß sie mich erkennen würden. Darum wußte ich in eine andere Grube gehen.“

„Das war ein Glück für die Warner Gie.“ — sagte Percy in einem recht höflichen Ton.

„Hol antwortete tiefenst. „Sag dir sagen, daß ich auch die Warner Gie. nicht endgültig mit meiner Soziologie verabschieden werde.“

„Nun“ — entgegnete der andere — „wir kommen bei unserer Nachbarn an einigen ihrer Schiffe vorbei und es würde mich nichts mehr freuen, als den Zug dort halten zu lassen, damit du aussteigen kannst.“

„Hol betrat den Salzwagen. Dort fand er Frau Curtis, die mit Reggie Porter, Genevieve Polich und Marion Bridge spielte. Bob Gordon plauderte mit Beth Gannon, erzählte ihr wohl, was er draußen gesehen. Dort Arthur las gehend die Morgenzeitung. Hol ging weiter. Jessie Arthur ludend und traf sie in einem anderen Abteil durch das reichlichlagere Fenster hindurch, das Kohlenverleger auf die einzige, jungen Damen gestattete Art kennen lernd. Hol war darauf vorbereitet, sie schlechter Stimmung zu finden, war aber bereit, sich zu entschuldigen. Als er jedoch ihren

hummervollen Blick begegnete, fand er keine Worte. Er versuchte, gleichgültig zu sprechen, er hörte, daß sie bald fortgingen. Sie griff jedoch nach seiner Hand. „Hol, du kommst doch mit uns!“

Er zögerte einen Augenblick mit der Antwort, setzte sich neben sie. „Habe ich dir sehr viel getan, Jessie?“

Er sah, wie sich ihre Augen mit Tränen füllten. „Wußtest du denn nicht, wie sehr du mir tatest? Ich war Percy's Gast und du hastest mir solche Fragen! Was konnte ich sagen? Was weiß ich, was Herr Harrington seine Geschäfte führen soll?“

„Ja, dir selbst“ — sagte er demütig — „vielleicht hätte ich dich nicht hineingehen dürfen. Doch war das Ganze so verwickelt, so plötzlich kamst du das begreifen und mir vergehen? Nun hat sich ja alles zum Besten gewendet.“

Doch fand sie nicht, daß sich alles zum Besten gewendet habe. „Sag du hier bist, unter solchen Umständen! Und ich dachte, du jagst Vergessenen in Vergessen!“

Er konnte nicht umhin zu lachen; Jessie jedoch wollte nicht einmal lächeln. „Und dann — unsere Liebe hineinzugewerfen, vor allen Dingen!“

„War das wirklich so herzlich, Jessie?“

Sie blinzte ihn erstaunt an. „Kannst du, Hol Warner, so etwas tun, und nicht einmal einsehen, wie herzlich es sei? Sie in eine Lage zu bringen, wo sie entweder die Gebote der Liebe oder die Gebote der guten Erziehung brechen mußte! Es war ja fast ein öffentlicher Streit gewesen! Die ganze Stadt wird davon sprechen — der Verlegenheit kein Ende sein.“

„Aber, Jessie“ — sagte Hol — „versuche doch die Realität des Ganzen zu erfassen, denke an die Leute im Schacht; du mußt es tun.“

Sie sah zu ihm auf, bemerkte die neuen grünen Furchen in dem jungen Gesicht — hörte auch die unterdrückte Selbsterkennung in seiner Stimme. Er erschien blaß und müde, in schmutzigen Kleidern, die Haare ungepflegt, das Gesicht schmerzhaft gewachsen. Es war entsetzlich, als ob er aus dem Kriege kam.

„Sag mir an, Jessie“, daß er — „Ich wußte, daß du noch dir'sen Dingen weigst. Wenn wir zusammen glücklich werden wollen, mußt du dich mit mir zusammen entscheiden. Darum war ich froh, dich

hier zu haben — du kannst nun mit eigenen Augen sehen. Ich bitte dich nicht fortzugehen, ehe du etwas gesehen hast.“

„Ich muß doch gehen, Hol. Ich kann nicht Percy Harrington bitten, hier zu bleiben und allen Ungelegenheiten machen.“

„Du kannst ohne ihn hier bleiben, bitte eine der Damen, dich zu konversationieren.“

Sie sah ihn erschrocken an. „Aber, Hol! Was fällt dir ein?“

„Weshalb?“

„Denke doch, wie das aussehen würde!“

„Ich kann darüber nicht viel nachdenken, Siebe.“

Sie unterbrach ihn: „Denke, was Mama sagen würde!“

„Es wäre ihr nicht recht, ich weiß.“

„Sie wäre wütend, würde keinen von uns beiden je verzeihen.“

„Wäre niemand verzeihen, der mit mir hier bliebe. Und was würde Percy sagen, wenn ich als sein Gast heraufkomme und dann hier bleibe, um ihn und seinen Vater auszuspielen? Siehst du denn nicht, wie unmöglich es ist?“

„Ja, er sah es, er trugte aller Konventionen ihrer Welt und die erschien ihr als Wahnsinn. Sie preßte seine Hand, Tränen liefen ihr über die Wange.“

„Hol!“ — rief sie. — „Ich kann dich nicht an diesem schrecklichen Ort zurücklassen. Du siehst wie ein Geist aus, wie eine Vogelkugel.“

Geh, zieh dir anständige Kleider an, komm mit uns nach Hause.“

„Er schüttelte den Kopf. „Unmöglich, Jessie.“

„Weshalb?“

„Weil ich hier eine Pflicht zu erfüllen habe. Kannst du nicht so gehen, Jessie? Jauner habe ich von der Arbeit der Kohlenbergleute gelebt und niemals gab ich mir die Mühe, ihrer nahe zu kommen, zu sehen, wie mein Geld gemacht wird.“

„Aber Hol! Dies sind nicht deine, sind Herrn Harringtons Arbeiter!“

„Ja“ — erwiderte er — „doch kommt es auf das Gleiche heraus.“

Sie arbeitete und wir leben von ihrer Arbeit, nehmen wir als etwas Selbstverständliches hin.“

„Was kann man denn tun, Hol?“

„Man kann es wenigstens wissen, wenn schon sonst nichts. Ich du siehst, daß ich in diesem Fall etwas erreicht habe — der Schacht ist geöffnet worden.“

Danziger Nachrichten.

Bedeutende Wirtschaftsmaßnahmen.

Der Wirtschaftsausschuss des Volkstages, der in Abwesenheit der beiden Vorsitzenden durch den Volkstagspräsidenten einberufen worden war, tagte unter dem Vorsitz des Gen. Kresynski am gestrigen Dienstag. Der Senator für Handel Jewelowski berichtete über sechs verschiedene Punkte.

1. Die Fabrikation und Ausfuhr von Fett und Halbfettkäse. In Danzig lagern 20.000 Zentner Käse, die dem Verderben preisgegeben seien, weil die Danziger Bevölkerung diese Menge nicht aufnehmen kann und andererseits ein Ausfuhrverbot besteht. Der Senat beschließt, 6.000 Zentner zur Ausfuhr freizugeben und eine Ausfuhrprämie von 3 Mark pro Pfund zu erheben, was eine Einnahme von 1.800.000 Mark einbringen würde, die ausschließlich für Wohlfahrtszwecke bestimmt sein soll. Auch ist der Senat bereit, Großbetriebe und sonstigen Organisationen den Käse zum Herstellungspreise von 6 Mark bis 6,50 Mark zu vermitteln.

2. Das vorhandene Quantum an Saatgetreide beträgt 15.700 Zentner. Hieron werden 25 Prozent in Danzig verbraucht, die übrige Menge soll gegen Einfuhr gleicher Menge Brotgetreide zu Weltmarktpreisen freigegeben werden. (Die Sicherstellung muß vorher erfolgen.)

3. Die Ausfuhr des Danziger Zuckers nach Polen und Deutschland soll gegen entsprechende Zahl Entschädigung aus diesen Ländern freigegeben werden.

4. Die Danziger Ziegeleien haben ihre Arbeiter ganz entlassen, weil sie glauben, die polnische Konkurrenz nicht ertragen zu können. Sie hintertreiben nunmehr die Einfuhr billiger Bausteine aus Pommern. Der Senat hat die Einfuhr von zunächst 200.000 Ziegeln freigegeben, weil die Danziger Ziegeleien den Danziger Bedarf nicht decken, und will weiter die Grenzen öffnen, soweit es die Rücksicht auf die Ziegeleiarbeiter gestattet, um die Baumaterialien möglichst zu verbilligen.

5. Die Zuckergewinnwirtschaft für Zucker fällt in Zukunft fort. Die Danziger Produktion beträgt 450.000 Zentner. Danzig verbraucht 140.000 Zentner. Der Rest soll zum Weltmarktpreis zur Ausfuhr freigegeben werden, jedoch soll der Danziger Bedarf mit 250.000 Zentnern sichergestellt werden. Die Zuckerproduzenten streben sich gegen diese Maßnahme. Sie wollen restlos Freigabe des Zuckers. Die Ausfuhrprämie soll 5 Prozent betragen, die ebenfalls zu Wohlfahrtszwecken (Einkauf von kondensierter Milch in den Wintermonaten) verwendet werden sollen.

6. Gesuche um Ausfuhr von Stroh sind abgelehnt worden, weil die Stroherte eine sehr schlechte war.

Der Wirtschaftsausschuss brach bei Punkt 1 die Aussprache ab, um den einzelnen Mitgliedern in den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die Ansicht der Abgeordneten zu hören. Nachdem wird der Wirtschaftsausschuss am Donnerstag, den 1. September die Aussprache fortsetzen und evtl. entsprechende Beschlüsse fassen.

Entscheidung des Oberkommissars in der Passfrage.

Beim Senat ist folgende Entscheidung des Oberkommissars vom 30. August 1921 betr. die Passfrage eingegangen:

„Es ist die Frage entstanden, ob Ausländer, mit Ausnahme der polnischen Staatsangehörigen, eines Sichtvermerks zum Eintritt in das Gebiet der Freien Stadt Danzig in den Fällen bedürfen, wo das Sichtvermerk zum Eintritt nach Polen gefordert wird. Es ist nicht gelungen, daß die Regierungen von Polen und Danzig zu einem Übereinkommen in dieser Frage gekommen sind, da die erste Regierung forderte, daß Polen gemäß dem Vertrage von Versailles und der Konvention vom 9. November 1920 das Recht habe, solche Bedingungen der Regierung der Freien Stadt aufzuerlegen, während die letztere Regierung dieses Recht in Abrede stellte.“

Das Studium der Beweisgründe Danzigs und Polens offenbart, daß sowohl der polnische wie der Danziger Staat Nachteile erleiden wird, je nachdem die Entscheidung ausfällt. Wenn die Entscheidung zugunsten von Polen gegeben wird, so besteht die Regierung von Danzig darauf, daß ihre Handelsbeziehungen ernstlich Nachteile erleiden werden, während, wenn die Entscheidung zugunsten von Danzig gegeben wird, die polnische Regierung feststellt, daß sie ihre Waren an der Grenze zu verstärken haben wird, um Personen fern zu halten, deren Einreise sie nicht wünscht. Es ist deshalb notwendig, nicht nur die rechtliche Seite des Falles zu erwägen, sondern auch den Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit, und sich zu vergewissern, ob eine rechtliche Auslegung der Artikel der Konvention, auf welche sich beide Parteien bezogen haben, gefunden werden kann, welche stark genug ist, eine Auslegung umzustürzen, welche auf Zweckmäßigkeit beruht.

Ich bin der Ansicht, daß die rechtliche Seite des Falles fast zugunsten Danzigs spricht und daß der Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit sich auch Danzig zuneigt.

Ich entscheide daher, daß der polnische Sichtvermerk nicht notwendig ist, um einen Ausländer zum Betreten der Freien Stadt Danzig zu befähigen, es sei denn, daß die Regierung der Freien Stadt es verlangt, daß ein solcher Sichtvermerk gegeben werden muß.“

Wolkenkräher in Danzig.

Nachdem bisher nur auslässende Äußerungen zu dem geplanten Bau eines Hochhauses an die Öffentlichkeit gekommen sind, erhalten wir heute zwei Zuschriften, die mannigfache Bedenken gegen den Hochhausbau geltend machen. Die eine lautet:

„Das Werkbüro versendet bereits Prospekte. Die Gefahr, in Danzig einen Wolkenkräher zu erhalten, ist also nachgerade ziemlich ernst geworden. Ich will nachstehend die Gründe zusammenfassen, die gegen die Errichtung eines so genannten Hochhauses sprechen:

1. An keiner Stelle ist bisher der zureichende Beweis geliefert, daß der Bau des Hochhauses sich billiger stellt, als der moderner Wohn- und Geschäftshäuser, vermuthlich wird er sogar teurer werden.

2. Zweifellos würde das Stadtbild der schönen, alten Stadt unheilbar verunstaltet werden.

3. Sind genügende Mittel und Baumaterialien für das Hochhaus aufzutreiben, so muß dieses auch möglich sein für den Bau von Einzelhäusern. Auch ist Terrain zur Bebauung sehr reichlich vorhanden in und bei Danzig; man denke nur an jene Terrains, die durch engherzige Raumvorschriften vor dem moderner Bebauung verschlossen waren.

4. Das Druckstück des Werbebüros betont, daß es sich um den ersten Wolkenkräher in Europa handeln würde. Obwohl es also in Amerika seit mindestens zwei Jahrzehnten zahlreiche Gebäude dieser Art gibt, hat man sich in Europa bisher dagegen gewehrt. Das muß doch einen tiefen Grund haben. Hamburg selbst mit seinem so sehr regen Wirtschaftslieben dachte nie daran, den Bürokonzern durch einen Wolkenkräher zu begegnen. Warum wohl nicht?

5. Weil es deutschem Wesen durchaus widerstrebt, in höchstem Grade zuwider ist, in einen Riesenkasten dieser Art zu ziehen. Einige Amsterdamer, mehr oder minder interessiert an dem Projekt, mögen hierüber wohl schwärzen, — gleichwohl werden auch sie ein Guckeln nicht loswerden und sollten lieber doch noch einmal die kahne Idee erwägen.

6. Heute, in der Not, werden Bürokraten vielleicht geneigt sein den Wolkenkräher zu beziehen. Sobald aber die Bauzeit wieder einsetzt, wird einer nach dem anderen die Nothsache gern zu räumen bestrebt sein. Was wird dann aus dem verübten Kasten? Hat jemand schon hierüber nachgedacht?

7. Der in Aussicht genommene Preis von Mk. 9.000. — für ein Durchschnittsbüro von 4x6 Met. mag Schieberfirmen leicht erschwänglich sein, gewiß auch Bankgeschäften, die für tägliches Geld 1 1/2 % Zinsen vergüten, aber das Vier- bis Sechsfache einheimischen — kleinere Firmen indessen mit mühevollerem Erwerb werden aufzählen bei dieser Preise.“ E. E.

In einer umfangreichen Abhandlung setzt sich der Danziger Architekt Mag. Flier mit dem Für und Wider eines Wolkenkräherbaues auseinander. Nach eingehender Beleuchtung der bedeutenden Kostenfrage und zweifelhafter Rentabilität kommt er zu dem Schluß, daß man mit dem für den Hochhausbau erforderlichen Kapital ca. 4.000 bis 5.000 Wohneinheiten errichten könnte, ohne daß es erforderlich ist, die Mieten für Büros ins Angemessene zu steigern. Er schlägt sich einem Vorschlage des Prof. Kloppe an, für die Bevölkerung neue gesunde Wohnstätten zu schaffen und dafür dem Gewerbetreibenden alte Gebäude im beschränkten Umfange zu überlassen. Die ausführliche Darlegung verdient eine eingehende Würdigung.

Die Schupo mit dem Tschako. Der Senat teilt mit: Mit dem 1. September wird für die im Dienst befindlichen Beamten der Schupo eine neue Kopfbedeckung, der Tschako, eingeführt. Er ähnelt der früheren Kopfbedeckung der Jäger, ist aus grauem Tuch mit braunem Lederbesatz und hat an der Stirnseite die Danziger Hofabzeichen. Vom 1. September ab ist jeder im Dienst befindliche Beamte an dem Tschako und dem übergeschulterten Seitengewehr erkennbar. Die Beamten sind, gleichwohl, ob sie sich im Dienst oder außer Dienst befinden, angewiesen, jeden Bürger ohne Unterschied des Standes bei der Verfolgung von strafbaren Handlungen tatkräftig zu unterstützen.

Stadttheater Danzig. Als erste Schauspiel-Neubild gelangt am Montag, den 5. September „Der Wettlauf mit dem Schatten“ von Wilhelm v. Scholz zur Aufführung. Das Werk, welches bereits in Stuttgart, Frankfurt und Hamburg gegeben wurde, hat in literarischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Die Berliner Erstaufführung findet als Eröffnungsvorstellung der „Leibknecht“ morgen statt. Von besonderem Interesse ist, daß bei der hiesigen Aufführung der Autor die Rolle des „Dr. Martins“ selbst darstellen wird. Die Spielleitung führt Oberregisseur Hermann Metz. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Dora Ottenburg, Dr. Wilhelm v. Scholz und Ferdinand Neuert.

Jahresplanänderungen bei der Straßenbahn. Wie aus einer Anzeige im heutigen Anzeigenteil ersichtlich, tritt vom 1. September ab auf den Linien Brösen-Danzig und Oliva-Gleitsau ein neuer Fahrplan in Kraft.

Krankenkassenmeldestellen in den Vororten. Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Danzig veröffentlicht im heutigen Anzeigenteil, daß vom 1. August für Brösen, Saspe, Weichhof, Schellmühl, Laurent, Weichselmünde, Riesefeld, Krakau und Westl. Neufuhr besondere Meldestellen eingerichtet sind. In diesen können An- und Abmeldungen, Lohn- und Gehaltsänderungsanzeigen erfolgen. Auch werden dort Krankenscheine ausgestellt.

Sitzung des Hauptauschusses. Der Vorsitzende des Hauptauschusses hat diesen auf Veranlassung des Senats für heute vormittag 9 Uhr zu einer Sitzung mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit der Republik Polen über Artikel 23 der Danzig-Polnischen Konvention einberufen.

Nauffische Prüfung in Danzig. Am 30. August fand in der hiesigen Seefahrtsschule unter dem Vorsitz des Regieruns- und Schiffsrats Thiel eine Prüfung zum Schiffser auf 1. Rüstensatz statt. Sämtliche Seeleute, die an dem vorbereitenden Lehrgange teilgenommen hatten, bestanden die Prüfung: Wih. Karowski, Richard Bögel und Konrad Schwederski aus Danzig sowie Otto Klatt aus Biskau. Durch das Bestehen der Prüfung haben die Genannten die Berechtigung erworben, Schiffe bis zu 250 Kubikmeter Brutto-Raumgehalt, mit Ausnahme von Passagierschiffen, und Seelichter jeder Größe in der Küstenschiffahrt zu führen.

Stichfest Genuß. Morgen Abend eröffnet der große Wandergasthof Genuß sein hiesiges Gastspiel auf dem Seemarkt. In seinem Weltkinderprogramm kündigt er 80 Attraktionen an. Es treten eine Pöwen- und Eisbärengruppe auf. Außerdem findet eine Wild-West-Pantomime und Freizeitspiele statt. Dem schließen sich die vier Lustspiele an. Der Genuß der 7000, verspricht auf seinem Gebiete vorzügliches zu leisten.

Als gestohlen angehalten sind von der Kriminalpolizei: 4 Rollen vergintelter Draht, 1 Paket Kaba, 1 Kinderjacke, 2 Kinderkleider, 1 Fahrten Karte Spender, Birten weiße neue Verfassung, 1 Rolle Stoff, circa 20 Meter, 12 Paar Kinderstiefel, 7 Flaschen Schaumwein, 3 Flaschen Spiritus, 2 Nachtwäsche mit Gier, 31 Medaillen mit Kreisen und Blaukreisen gefüllt und 3 Flaschen mit Blaubeeren. Restlohere wollen sich auf der Kriminalabteilung, Zimmer 35, melden.

Das Arbeiter-Turn- und Sportfest in Heubude.

Am Sonntag fand, von der Freien Turner- und Sportvereins Heubude die im Kleinen vorbereitete, das 1. Bezirks-Turn- und Sportfest des Freistaates Danzig. Der Vormittag sah den Wettbewerb in 8 Stufen turnend. Über 50 Wettkämpfe abgehalten waren. Diese Kämpfe zeigten folgende Ergebnisse: Oberstufe: 1. Klein-Danzig mit 179, 2. Krawinkel-Schibitz mit 163, 3. P. Neumann mit 162 und 4. E. Neumann mit 161 Punkten; Mittelstufe: 1. Krawinkel-Danzig mit 173, 2. Klein-Danzig mit 171, 3. Krawinkel mit 166, 4. Klein-Schibitz und Hollmann-Ohra mit je 161, 5. Sange-Danzig und Vorch-Danzig mit je 149 und 6. Hohnberg-Danzig mit 138 Punkten; Unterstufe: 1. Krawinkel-Danzig mit 171, 2. Klein-Danzig mit 162, 3. Krawinkel-Danzig mit 156, 4. Beyer-Ohra mit 150, 5. Krawinkel-Heubude mit 137 und 6. Krawinkel-Danzig mit 136 Punkten.

Der Nachmittag brachte große Bewegung in Heubude. Um nicht mit dem Festzug des Kriegervereins zusammenzustößen, der anlässlich seiner Denkmalseinweihung um 2 Uhr stattfinden sollte, mußten wir unsern Anzug auf die Zeit von 12—1 Uhr verschieben. Da sich in Heubude das Gedränge verbreitet hatte, die Turner wollten das Denkmal des Kriegervereins stürzen, war für genügend polizeiliche „Schutz“ gesorgt. Wer über die Marschrichtung des Festzuges nicht unterrichtet war, brauchte nur von einem Elopoppelposten zum nächsten zu gehen und war sicher, den Festplatz der Turner zu erreichen. Um 12 Uhr trat der Festzug unter Vorantritt einer Musikkapelle mit dem Turnersong „Turner, auf zum Streite“ an. Nach einer Begrüßungsansprache des Lg. Post und allgemeinen unvorhergesehenen Freilagen der Turner begannen die leichtathletischen Wettkämpfe, aus einem 5 km Lauf für Ober-, Mittel- und Unterstufe und Dreikampfs für Frauen bestehend. Die Ergebnisse waren folgende: In der Oberstufe wurden die Bedingungen (300 Punkte) nicht erfüllt, was bei den schlechten Platzverhältnissen nicht anders zu erwarten war. Mittelstufe: 1. Klein-Schibitz mit 424, 2. Thomas-Dag mit 350, 3. Beyer-Ohra mit 311, 4. Vorch-Heubude mit 306, 5. Krawinkel-Danzig mit 304 und 6. Krawinkel-Danzig mit 302 Punkten. Unterstufe: Klein-Schibitz mit 320 Pkt. Frauen: 1. Volk, Lucie, Schibitz mit 273, 2. Klein, Gertrud, Schibitz mit 243, 3. Volk, Helene, Schibitz mit 239, 4. Vorch-Heubude mit 230, 5. Strohbuch-Heubude mit 204, 6. Volk, Alice, Schibitz mit 195, 7. Hamann II-Heubude mit 183, 8. Klein, Anna, Schibitz mit 180 und 9. Hamann I-Heubude mit 176 Punkten. Ein gemütliches Kränzchen in drei Lokalen beendete dieses wohlgefundene Fest.

Polizeibericht vom 31. August 1921. Verhaftet: 14 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 3 wegen Körperverletzung, 1 wegen Widerstandes, 1 zur Festnahme, 7 in Polizeihast.

Oliva. Die Bekleidungsstelle hat noch eine Anzahl Schnürschuhe und Stiefel für Männer abzugeben. Der Preis beträgt ab Lager bei Lemnowerstraße für ein Paar Schnürschuhe 90 Mk., für ein Paar Stiefel 150 Mk. Damen-schuhe sind nicht vorhanden.

Neue Konzertzeiten in Joppe. Vom 1. September ab sind die Konzertzeiten wie folgt festgesetzt: Vormittags unverändert, nachmittags von 4 1/2—7, 7 1/2—8 1/2, am Sonntag abend von 5 1/2—8 und am Sonntag 4—7, 7 1/2—9 Uhr.

Liegenhof. In die Liege gefallen und ertrunken ist das sechsjährige Söhnchen des Herrn Albert Schönhoff in Platenhof bei Liegenhof.

Verammlungs-Anzeiger

Gemeinde- und Staatsarbeiterverband: Heute, Mittwoch, abends 6 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schmidts, Schillingstraße 6.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt: 14. Bezirk (Weichselmünde): Donnerstag, den 1. September, abends 7 Uhr, im Lokal Rumm: Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Krawinkel. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Ständesamt vom 31. August 1921.

Todesfälle: Kaufmann Max Friedrich, 49 J. 2 M. — Schuhmacher August Schmidt, 81 J. 8 M. — Lagerverwalter Gustav Pieper, 71 J. 1 M. — Rater Wladislaus Szpodowski, 30 J. 6 M.

Vom Kartoffelmarkt. Auf dem Bahnhof Berge vor sich zehn Waggons mit Kartoffeln eingetroffen. Auf dem Markt befinden sich 600 bis 600 Zentner. Der Preis ist 45 bis 55 Pfennig pro Pfund.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. 3,60)	3,75	am Vortage	3,40
Dollar:	87 1/2		85 1/2
Engl. Pfund:	310		316
Frank. Franks:	617		653
Schweiz. Franks:	1444		1415



Wasserstandsberichte am 31. August 1921.			
	gestern	heute	heute
Jamholt	0,0	0,0	
Marzahn	0,0	0,0	
Platz	0,0	0,0	
Thorn	0,26	0,24	
Forbon	0,0	0,36	
Culm	0,40	0,39	
Graubenz	0,40	0,42	
Kriegsbrack	0,02	0,00	
Montauepflüge	0,47	0,45	
Piechel	0,57	0,56	
Dirschau	0,70	0,67	
Einlage	2,26	2,20	
Schleusenort	2,54	2,42	
Schönau O. P.	6,22	6,24	
Waldenberg D. P.	4,43	4,48	
Neuhofersdorf	2,20	2,22	
Amwache	1,04	0,98	

Wie Arbeiter wohnen müssen.

Es ist durch neue Untersuchungen festgestellt worden, daß so gut wie alle Kulturmenschen von frühester Jugend an als tuberkulöse infiziert zu betrachten sind. Wer nun einmal infiziert ist, der hat den Kampf gegen diese Infektion auszuführen, und wenn er kämpft, dann bleibt er gesund, kämpft er gegen diese Infektion nicht oder kann er nicht dagegen ankämpfen, dann unterliegt er. Andererseits wächst die Gefahr der Erkrankung an Tuberkulose mit der Dauer der Infektionsgelegenheit. Und da die Wohnung eine so gefährliche Infektionsquelle bedeutet, so ist derjenige, der in ungesunden Wohnungen wohnt, nicht imstande, aus dem Kampfe gegen die Tuberkuloseinfektion als Sieger hervorzugehen. Das heißt: das Proletariat, das unter den ungünstigsten Wohnungsverhältnissen sein Leben verbringt, ist am meisten von der Tuberkulose und vom Tode an Tuberkulose bedroht. Und das vor allem durch das dichte Wohnen in ungenügend belüfteten Räumen. Am direktesten Sonnenlicht stirbt der Bazillus in wenigen Stunden, im diffusen Tages-

licht binnen vier Tagen und im Halbdunkel erst nach 23 Tagen! So kommt es denn auch, daß das ländliche Proletariat weniger unter der Tuberkulose zu leiden hat, als das städtische. In Sachsen erhalten z. B. die Invalidenrente wegen Tuberkulose 77 pro Tausend der Versicherten in der Landwirtschaft, aber 245 pro Tausend bei den industriellen Arbeitern. Der industrielle Arbeiter hat also vor allem eine gesunde Wohnung nötig. Die gesunde Wohnung würde einen erheblichen Ausgleich bedeuten gegenüber den Schäden der Berufsarbeit. Zu diesem Ergebnis gelangte Bollrath bei seinen neuen Thüringer Untersuchungen. Er fand, daß die Erkrankung der Luftwege bei den Porzellanarbeitern des Meißniger Bezirkes, der städtisch ist, 5,7 auf 1000 Lebende betrug, während sie sich in dem ländlichen Rudelsdorfer Bezirk nur auf 2,4 stellte. Also: Je gesünder die Wohnungsverhältnisse, um so gesünder ist nicht nur das Leben daheim, sondern um so geringer ist auch der gesundheitliche Schaden der Berufsarbeit. Und darum müssen gerade die Arbeiter gesunde Wohnungen haben. Wer schon in seinem Berufe

unter günstigen Bedingungen lebt, der hat die gesunde Wohnung nicht so nötig wie der Proletarier. Und wie ist es im Leben? Gerade umgekehrt! Die Bautätigkeit wird wieder kommen. Es gilt, daß ein starkes Proletariat seinen Willen ausdrückt. Seit herrscht mehr der Geist, der unserem Wohnungswesen vor dem Kriege charakteristisch war. Als damals der preussische Gesehntwurf verlangte, daß jeder Haushalt seinen Wohnraum über die Kosten. Und besonders bezeichnend ist das Wort des damaligen Vorsitzenden des Hausbesitzerlandesverbandes, der da schrieb: Sollte nicht vielleicht gerade eine gemeinliche Benutzung erzieherisch auf die Friedfertigkeit einwirken? — Den Gefahren eines derartigen „Gefährtes“ wird nur vorgebeugt, wenn ihm ein starkes Proletariat entgegensteht.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volke, für Freie Staatpolitik, Lokales und den übrigen Teil Fritz Weber. Beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Amiliche Bekanntmachungen.

Die Steuerauschriften der nach einem Einkommen bis zu 15.000 M. veranlagten Steuerpflichtigen gelangen in diesen Tagen zur Abfertigung.

Die Zahlkarten der nach einem höheren Einkommen veranlagten Steuerpflichtigen werden in etwa 14 Tagen aufgestellt werden.

Es wird noch ausdrücklich bemerkt, daß die bisher gezahlten Vorkaufsbeträge auf die Steuern für das 1. und 2. Vierteljahr des Steuerjahres 1921 verrechnet werden.

Danzig, den 30. August 1921.

Der Senat.

Steuerverwaltung.

(4050)

Bekanntmachung.

Wir haben für die vom 1. August d. Js. ab in den Kassengebiete der allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig einbezogenen Ortschaften Bröjen, Salpe, Weichhof, Schellmühl, Laurent, Weichselmünde, Heubude, Rieckfeld, Arakau und Weßl-Neufahr besondere Meldestellen eingerichtet und zwar:

- für die Ortschaften Bröjen, Salpe und Weichhof bei Herrn Zierold, Bröjen, Danzigerstraße 1, Fernsprecher 3131.
- für die Ortschaften Schellmühl und Laurent in Schellmühl bei Herrn Betriebsleiter Robert Müller, Brochhiserweg 22, Fernsprecher 1639.
- für die Ortschaft Weichselmünde in Neufahrwasser bei Herrn Kaufmann Bibert, Olivaerstraße 48, Fernsprecher 453.
- für die Ortschaften Heubude, Rieckfeld, Arakau und Weßl-Neufahr in Heubude bei Herrn Kaufmann Althorn, Heubudestraße 14, Fernsprecher Notamt 6170.

In diesen Meldestellen können, wie auch in unserer Hauptgeschäftsstelle, Jopengasse 52, die An- und Abmeldungen sowie Lohn- und Gehaltsänderungsanzeigen für krankenversicherungs-pflichtige Personen von den Arbeitgebern abgegeben werden, auch werden dort erstmalig die Krankenscheine an erkrankte Mitglieder ausgestellt. Die Geschäftsstunden der Meldestellen sind Wochentags von 9—1 Uhr vormittags. Die Arbeitgeber werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die Meldungen der seit dem 1. August d. Js. bei unserer Kasse zu versichernden Personen, soweit sie noch nicht bewirkt sind, nunmehr bei einer der vorgenannten Stellen zu erfolgen haben. Dabei sind die vom Kassenvorstande vorgezeichneten, in den Meldestellen erhältlichen Vordrucke zu benutzen.

Der Vorstand
der allgemeinen Ortskrankenkasse
in Danzig, Jopengasse 52.

Elektrische Bahn.

Vom 1. September 1921 ab tritt auf den Linien Bröjen—Bangsch und Oliva—Gleithaus nachfolgender Fahrplan in Kraft:

- Bröjen:** Vorm. 5.55, 6.10, 6.30, 6.55, 7.20, 7.40 ufw. alle 20 Min. bis abds. 10.35, 10.45 Uhr.
Bangsch: Vorm. 6.15, 6.32, 6.55, 7.20, 7.40 ufw. alle 20 Minuten bis abends 10.20, 11 Uhr.
Oliva: Vorm. 6.30, 7.00 ufw. alle 20 Minuten bis abends 10 Uhr.
Gleithaus: Vorm. 6.45, 7.15 ufw. alle 20 Minuten bis abends 10.15 Uhr.

Die Direktion.

Morgen Donnerstag

1. September
abends 7 1/2 Uhr

eröffnet der **Carl-Wanderschau-**

Circus
HENNY

sein hiesiges Gastspiel auf dem Neumarkt mit dem Weltstadt-Programm von 30 Attraktionen

u. a.: Hennys Löwengruppe
Hennys Elbäuregruppe
Freiheitsdramen
Wild-West-Pantomime
4 Luftaufstiege, die fliegenden Henschen bekannt nach dem gleichnamigen Film.

Vorverkauf Zigarrenhaus Kröger & Oberbeck, Kohlenmarkt 34, Telefon 2345, und täglich, ab vorm. 10 Uhr, ununterbrochen an d. Zirkuskassen

Variete Wintergarten

Am Olivaer Tor 10.

Voranzeige.

Ab Donnerstag, den 1. September 1921

Große internationale

Ringkampf-Konkurrenz

1 Meisterringer aller Staaten!

Weltmeister **Hans Schwarz**

und der berühmte Danziger Ringer

John Roepell

sowie 12 weitere erstklassige Ringer von Welt.

Außerdem das große Variete-Programm!

Reichshof-Palast

Danzigs vornehmsten Weinhaus u. eleganteste Bar
Täglich 4-Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen und Gesang

Wiedereröffnung

Donnerstag, den 1. September, nachm. 4 Uhr

Elinor u. Enrique Harrys

modern-exotischer Transformations-Tanz-Akt.

Prachtvolle Kostüme :: 15 Tänze :: Feenhaftes Beleuchtung

Lilli Bollinger

Wiener Lieder- u. Operetten-Sängerin.

Ab 7 1/2 Uhr abends:

Soupers und à la carte

unter den Klängen der vortreffl. ungar. Kapelle Koszta Dezsö

4 Geigen 1 Cello 1 Cymbal

Dir. Karnbach Palast-Orchester

Opern-Arien und Lieder Kapellmeister Wenz

KASINO ZOPPOT

das ganze Jahr
geöffnet

HERBST u. WINTER

große künstlerische, sportliche
und gesellschaftliche
Veranstaltungen

Möbel-Berkauf, sehr billig

ganze Wohnungseinrichtungen sowie
einzelne Möbel. Auch Bureaumöbel.
Otto Eltermann, Möbel- und
Polsterwaren-Fabrik.
8. Baumstr. 2 — Telefon 5622.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in
kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6, Telefon 3290

MODERNE KUNST- LICHTSPIELE LANGFUNK AM MARKT

Heute der große Mayfilm:

Die Frauen von Gnadenstein

Elas alte, geheimnisvolle Sage.

Selten schönes Filmwerk mit

Margarete Schön / Erich Kaiser-Tietz.

Der Vogel im Käfig

Das große Filmwerk der Drei-Frauenklasse mit

Carola Toebe.

Henny Portens Vermählung

in der neuesten Melodramatik.

Der Weltmeister

retardierendes Lustspiel mit

Bruno Kastner.

Ab Freitag:

Großstadtmädels, II. Teil.

(4945)

Für den Hausbedarf verkaufen wir zu weit herabgesetzten Preisen

räumungshalber große eiserne Dosen

Schrotmühlen, Karbid in jeder Menge, Nähmaschinen, Teilzahlung gestattet. Nähmaschinen werden auch vertauscht.

L. Fenslau & Co. Danzig, Peterstraße 9

Telefon 1112. (4970)

Bettfedern,

Bett-Inletts, Bettbezüge, fertige Betten

billigt bei (4903)

Julius Gerson, Fischmarkt 19.

Nähmaschinen

gar. neu, nur beste Fabr. von 750 Mk. an. Zahlungsanfertigung.

Bernstein & Comp. Danzig, Danzigerstr. 50, neben dem Rathaus.

Puppen

fertigt u. repar. Veräulen vorrätig. Kein Laden. (3)

E. Winkler, Johannisg. 67

Tüchtige Ziegler

sucht (4634)

Compagnie de Reich.

Genossen, Leser und Bekannungsfreunde

Gefährte, die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Rundschaff! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die

Interenten der „Danziger Volksstimme“.

Gedania-Theater

Hohensoldamm 53/55 (4944)

Achtung! Ab heute! Nur bis einschl. Sonnabend! 2 Groß-Filme!

Der Schrecken der roten Mühle

in 6 großen aufsehenerregenden und atemberaubenden Akten.

Die Schmuggler von San Diego

14. sensationelles Erlebnis des Meisterdetektivs Harry Hill in 6 spannenden äußerst sensationellen Akten.

Bahn-Kranke

werden sofort kostenlos behandelt ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse, Umarbeitungen, Reparaturen in wenigen Tagen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Sprechzeit 8—7, Sonntags 9—12.

Institut für Zahnleidende

Pfefferstadt 71

Telephon 2621. (4946)

Robert Ehmann

Altstadtdieher Graben 3 neben der Tabakfabrik von M. A. Hasso.

Prima Kammergarn-Wolle

Page 50 Gramm . . . 4.50, 5.50, 4. . .

Stieler Anaben-Anzüge

Reine Wolle mit Zwirnketten. Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 46/48 an 90 an

(4614)

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7. (gegenüber der Markthalle). (4908)

Die Arbeitsschule

als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft von Heinrich Vogeler.

Preis 2.50 Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Fahrrad gestohlen!

Während der Eisenbahnverammlung mit vorgestern mein Fahrrad gestohlen. Kennzeichen: 2 Auftritte an der linken Seite des Rahmens, hinterer Sieg in der Radgabel geploy, verbeulte Lenkstange. Wiederbringer erhält Belohnung.

Mönch, Heubude, Dammstraße 20.

Geschäft resp. leerer Laden.

zu mieten gesucht. Kaufe auch meine schöne 2-Zimmer-Wohnung mit Bad gegen Geschäftswohnung. Offerte unter Z. 278 an die Exped. dieser Zeitung. (4927)